

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

160 (14.7.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit 90 J ohne Zustellung. Einzelpreis 10 J, Samstags 15 J. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelle 20 J, auswärtig 25 J, Reklamen 80 J. Annahmefrist 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Agrarzölle, schwere Verelendung der Arbeiterschaft

Ein scharfer Vorstoß des Zentrumsblattes „Germania“

Berlin, 14. Juli. (Eigener Funddienst.) Das Zentrumblatt „Germania“ bringt heute morgen einen Leitartikel unter der Überschrift: „Arbeiterschaft und Agrarzölle“, in dem eine scharfe Ablehnung der Sozialpolitik vorliegt. U. a. schreibt es: „Es wird kaum geleugnet werden können, daß die Agrarzölle eine neue nicht unerhebliche Belastung für die breiten Schichten der Lohnarbeiter bedeuten. Es hat keinen Zweck, Agrarzölle zu erheben mit der Begründung, daß eine Erhöhung der Preise nicht zu erwarten sei. Eine Senkung der Preise ist jedoch der Zweck der Agrarzölle. Man mag darüber streiten, ob sich der Zoll ganz oder teilweise auswirkt. Eine Erhöhung der Lebensmittelpreise ist mit dem Zoll unvermeidlich verbunden. Die Zölle hätten keinen Sinn, wenn nicht eine Preiserehöhung für Lebensmittel bewirkt angesetzt worden wäre.“

Das Blatt schreibt zum Schluß: „Die Verteuerung der Lebensmittel läßt sich leichter ertragen, wenn Vöhrer und Gehälter erhöht werden können. Nun behauptet aber die Industrie bei jeder Gelegenheit, daß sie keine höheren Vöhrer und Gehälter zahlen könne. In einer Denkschrift an den Reichskanzler behauptet der Reichsverband der Deutschen Industrie, Vöhrer und Gehälter müßten abgebaut werden, weil sonst die Industrie nicht konkurrenzfähig wäre, eine Möglichkeit, die Vöhrer zu erhöhen, wird von der Industrie entschieden in Abrede gestellt. Erheblich schlechtere Reallohnne als in der Friedenszeit, als neben einer schlechten Lebenshaltung ohne Aussicht auf einen Ausweg bei der Verteuerung der Lebenshaltung, werden nun der Arbeiterschaft noch Getreidemehrzölle angedrückt. Heute bereits ist die Arbeiterschaft auf schlechte Lebensmittel und Ersatzmittel angewiesen. Können Vöhrer und Gehälter nicht erhöht werden, dann muß die Landwirtschaft wohl höhere Preise bekommen, aber der Verbraucher muß zurückgehen. Es dürfte heute einwandfrei nachgewiesen sein, daß die gegenwärtige Agrarkrise auf die Kartellschwärze nachfrage zurückzuführen ist. Mit einer nicht unbedeutend notwendigen Preiserehöhung kann die Agrarkrise nicht behoben werden.“

Bei dieser Gelegenheit sei noch auf einen Einwand eingegangen. Es wird gesagt, eine Erhöhung der Preise für Agrarprodukte würde die industrielle Absatzmöglichkeit vermindern. Das ist nur bedingt richtig. Zurzeit bedeutet es nur eine Verschiebung der Nachfrage in industriellen Erzeugnissen. Kann die Arbeiterschaft ihre Vöhrer nicht erhöhen, wenn die Preise für Lebensmittel steigen, dann muß entweder die Nachfrage nach industriellen Fabrikaten oder bei den Lebensmitteln zurückgehen. Wahrscheinlich wird beides eintreten. Eine Erhöhung der Lebensmittelpreise bedeutet also zur Zeit eine Verschiebung des Einkommens und keine Erhöhung der industriellen Absatzmöglichkeit im Inland.“

Die scharfe und klare Sprache des führenden deutschen Zentrumblattes ist in hohem Maße auffallend, und sie ist vorteilhaft von der bisherigen Haltung der Mehrheit der Zentrumsfraktion des Reichstages ab. Das Zentrum hat bisher bei allen Beratungen über die Zollvorlage, besonders über die Agrarzölle, die notwendige klare und eindeutige Stellung vermissen lassen. Es muß auch ausgesprochen werden, daß diese unklare Stellungnahme des Zentrums sowohl die Agrar- sowie die Industriezölle in ihrem volkswirtschaftlich verwerflichen Treiben gestützt hat. Trotz der außerordentlich bemerkenswerten Äußerungen der „Germania“, wäre es unvorsichtig, sich in Hoffnungen zu ergeben, daß die Mehrheit der Zentrumsfraktion des Reichstages sich der Auffassung des führenden Zentrumsliters anschließen wird. Die bitteren Erfahrungen, die man speziell in den letzten Wochen mit der Mehrheit der Zentrumsfraktion bei der Beratung der Steuer- und Aufwertungsgeetze gemacht hat, sind nichts weniger als hoffnungsvoll. Sollte aber die Mehrheit der Zentrumsfraktion sich bei der Entscheidung über die Agrarzölle auf die Seite der wucherischen Lebensmittelvertreuer schlagen, so wird man den Arbeitern, Angehörigen und Beamten, die politisch zum Zentrum gehören, an der Hand der Auslassungen der „Germania“ zum Bewußtsein bringen können, wie die Mehrheit des Zentrums bei der Verabschiedung der Zollgeetze die „Interessen“ der Masse des werktätigen Volkes gemahrt hat.

Die Kullenschieberei um die Agrarzölle

Berlin, 14. Juli. (Eig. Funddienst.) Der deutschnationale „Berliner Lokalanzeiger“ meldet: Die Bestrebungen, in der Zollfrage zu einer Einigung zu gelangen, schreiten hier ziemlich langsam vorwärts. Die Redaktionen einzelner Blätter, das eine solche Einigung überhaupt als ausgeschlossen gelten müsse, sind indessen durchaus unerschrocken. Allerdings hat sich die Verhandlungsbasis wiederholt verschoben. Während ursprünglich von einem Kompromiß auf der Grundlage von Verhandlungszöllen die Rede war, trat dann der Gedanke der steigenden Zölle in den Vordergrund.

Davon ist jetzt wieder nicht mehr die Rede, sodas man im allgemeinen gegenwärtig stärker der Annahme zuneigt, daß die Lösung der Zollfrage doch in der Fortsetzung autonomer Zölle mit einer gewissen Bewahrungsfreiheit der Regierung nach unten hin, also in einer gewissen Anlehnung an das System der Verhandlungszölle gefunden werden dürfte. Frendwelche abschließenden Kompromißverhandlungen haben bis jetzt noch nicht stattgefunden.

Deute oder Mittwoch wird der Reichskanzler mit den Regierungsparteien eine Besprechung abhalten. Die Ausschüßberatungen, die bis jetzt glatt verlaufen sind, werden voraussichtlich am 25. Juli beendet werden können, sodas man mit der 2. und 3. Lesung die Plenardebatte in den letzten Tagen des Monats stattfinden könnte.

Parlamentarischer Terrorismus für die Wucherzöllerei

Berlin, 13. Juli. Der Versuch der Regierungsparteien im Reichstag, die Zollvorlage durchzubringen, nimmt jetzt fast groteske Formen an. Die Opposition soll jetzt auf möglichst schnellem Wege endgültig mundtot gemacht werden, und zu diesem Zwecke soll die Redezeit auf 5 Minuten begrenzt werden. Weiter ist geplant, die Positionen zusammenzuerstücken, und sie möglichst, ohne Rücksicht darauf, ob sie zusammengehörig sind oder nicht, gemeinsam zur Debatte zu stellen. Der neue Feldzugsplan soll bereits am Dienstag in Kraft treten. So hoffen die Regierungsparteien noch bis Ende Juli zu siegen und die Zollvorlage zum Gesetz machen zu können.

Die im Aufwertungsansatz von den Regierungsparteien geliebte Methode soll also jetzt auch auf den handelspolitischen Ausschüß Anwendung finden. Die Folge dieser Taktik war eine Erklärung des Abg. Dr. West, daß er auf Anträge um Verzichte, weil sie durch den Terror der Regierungsparteien doch keinen Zweck mehr haben. Das Aufwertungsgezet kam ohne eine gründliche abschließende Durchberatung vor das Plenum. Es wird schließlich verabschiedet, aber kein Mensch darf sich einbilden, daß damit auch die Zollvorlage erledigt ist. Man glaubt, die Opposition mundtot machen zu können und wird schließlich die Zollvorlage gegen die Opposition annehmen. Es ist aber zu bedenken, daß bei der Zollvorlage die Dinge doch noch anders liegen als bei dem Aufwertungsgezet. Ein Zolltarif ist eine handelspolitische Verfassung. Wenn diese Verfassung unter Terror ins Leben tritt, wenn man jede sachliche Erörterung einer großen Opposition niedertrifft, verstoßt man gegen das ungeschriebene Gesetz, daß eine Verfassung nicht diktiert werden kann. Sie hat eben nur Lebensausmaß, wenn sie wirtschaftlich begründeten Wünschen der Gegenpartei, soweit wie möglich, Berücksichtigung. Was die Regierungsparteien aber jetzt planen, bedeutet einen Verstoß gegen dieses Gesetz. Die Folgen davon haben sich die Gründer dieser Zollvorlage selbst zugesehen.

Die Erhöhung der Biersteuer beschlossen

Die Steuer um 40-50 Prozent erhöht

Berlin, 13. Juli. Der Steueransatz des Reichstages letzte am Montag die Beratung über den Finanzausgleich fort. Die Debatte knüpfte zunächst an die vom Reichsrat beantragte Fassung des § 59 an: „Das Reich darf den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) neue Aufgaben nur zweifeln oder ihre steuerliche Einnahmequellen durch Verringerung des Reichsteuereinzugs schmälern, wenn es gleichzeitig auf andere Weise, insbesondere durch Vereinfachung der erforderlichen Mittel oder durch Verringerung der Lastenverteilung für einen finanziellen Ausgleich Sorge trägt.“ — Staatssekretär Dr. Popitz wandte sich gegen diese Vorrichtung und bittet um ihre Ablehnung. Seinem Wortlaut nach fordere dieser Satz eine Beschränkung des Reichstages in Steuerfragen, also eine Verringerung der Verfassung. — Abg. Merid (Wp.) bemerkte, die Fassung könne vielleicht noch geändert werden, aber der Grundgedanke sei richtig. — Nach längerer Erörterung wird die Vorlage des Reichsrates abgelehnt und der Rest der Vorlage angenommen. — Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Bei Eintritt in die allgemeine Besprechung gibt Abg. Dr. Fischer (D.) namens seiner Partei folgende Erklärung zur Bier- und Tabaksteuer ab: „Wir werden nach wie vor gegen eine Erhöhung der gegenwärtigen Bier- und Tabaksteuer uns wenden. Wir werden uns aber an der Einzelberatung beteiligen, auf alle Fälle den jehigen Antrag der Regierungsparteien wirtschaftlich erträglicher zu gestalten versuchen, insbesondere prüfen, ob die Form der Erhöhung der Steuern nicht zweckmäßiger gestaltet werden könnte.“

Bei Beratung der Biersteuer tritt Abg. Neubauer (Komm.) für den kommunistischen Antrag auf Ablehnung dieser neuen Belastung der Masse ein. Auf eine Anfrage teilt Ministerialdirektor Ernst mit, daß er das Mehrertrögen aus dem neuen Kompromiß über die Biersteuer auf 40-45 Prozent der bisherigen Steuer schätze. Redner erläuterte die Tragweite der Kompromißanträge. — Nach kurzer Aussprache wird unter Ablehnung aller anderen Anträge der Kompromißantrag der Regierungsparteien genehmigt. Die Steuerhöhe sind wie folgt zu ändern: Von den ersten 1000 Hektol. 6 Reichsmark, von den

folgenden 1000 Hektol. 6,50 M., von den folgenden 8000 Hektol. 7,20 M., von den folgenden 10 000 Hektol. 7,50 M., von den folgenden 10 000 Hektol. 7,75 M., von den folgenden 30 000 Hektol. 8,20 M., von den folgenden 60 000 Hektol. 8,60 M., von dem Rest 9.— M. Desgleichen wird die Vorrichtung genehmigt, die durch Begriffsbestimmungen über Startbier die unlautere Konkurrenz fernhalten soll.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde im Verlaufe eines sozialdemokratischen Antrages, der für die im Brauereiwesen und in den mitbeschäftigten Gewerben durch die Erhöhung der Biersteuer etwa entlassen werden Arbeiter und Anstellten Entschädigungen aus der Reichskasse beansprucht, beschloßen, für die zweite Lesung eine diesem Gedankengang entsprechende Formulierung von der Regierung zu verlangen. Nach Erledigung der Biersteuer wendet sich der Ausschüß der allgemeinen Aussprache über die Erhöhung der Tabaksteuer zu. Gegen die Erhöhung sprechen in längeren Ausführungen die Abge. Meier-Baden (Sos.) und Büll (Dem.).

Die Erhöhung der Invalidenrenten

Berlin, 13. Juli. Im sozialpolitischen Ausschüß des Reichstages wurde am Montag Bericht erstattet über das Ergebnis der Beratungen des Unterausschüßes, den für die Prüfung der Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung eingesetzt worden war. Der Ausschüß schlug vor, daß an Stelle der bisher bestehenden fünf Lohnklassen sechs Lohnklassen treten. Der Grundbetrag der Rente soll von 120 M. auf 156 M. festgesetzt werden. Der Steigerungsbetrag für Beiträge nach dem 31. Dezember 1923 soll von 10 auf 20 Proz. erhöht werden und das Kindergeld von 36 auf 90 M. Die Leistungserhöhung soll vom 1. August, die Beitrags-erhöhung vom 28. Sept. in Kraft treten. Der Antrag des Unterausschüßes wurde angenommen. Auf Anfrage erklärte Ministerialdirektor Gries, daß die gesamten Mehrausgaben der Arbeitgeber aufgrund der neuen Beitrags-erhöhung etwa 35-40 Millionen M. im Jahre betragen würden. Die gesamte Mehrbelastung der Wirtschaft werde also, da der Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge zu zahlen habe, etwa 17-20 Millionen M. betragen.

Der Personalbestand bei den Reichsbehörden

Berlin, 13. Juli. Im Reichstag ist eine Uebersicht über den Personalbestand in den Reichsministerien und bei der Reichspost und der Reichsdruckerei eingegangen. Danach weisen die Reichsministerien und die sogenannten Hoheitsverwaltungen am 1. April 1925 95 789 Beamte, 21 163 Angestellte und 74 673 Arbeiter auf. Bei der Reichspost einschl. der Reichsdruckerei wurden 252 585 Beamte, 3234 Angestellte und 38 447 Arbeiter beschäftigt. Bei den Hoheitsverwaltungen ist gegenüber dem 1. 10. 24 eine Personalverminderung von 106 Beamten, 2 957 Angestellten und 604 Arbeitern eingetreten. Bei der Reichspost einschließlich der Reichsdruckerei zeigt sich eine Personalvermehrung von 2428 Beamten und eine Personalverminderung um 535 Angestellte und 11988 Arbeiter.

Bei den Hoheitsverwaltungen gab es 461 weibliche Beamte, darunter 9 Verheiratete und 5512 weibliche Angestellte, darunter 99 Verheiratete. Bei der Post einschl. Reichsdruckerei waren 51 177 weibliche Beamte, darunter 110 Verheiratete und 1735 weibliche Angestellte, darunter 2 Verheiratete, beschäftigt. Von den Hoheitsverwaltungen beschäftigte das Reichsfinanzministerium mit den zahlreichen Landesfinanzämtern das meiste Personal.

Die Verfassungsfeiern am 11. August

Reichsinnenminister Schiele hat an sämtliche Landesregierungen einen Erlaß über die Feier des Verfassungstages gegeben. Danach hat die Reichsregierung beschlossen, auch in diesem Jahre den Verfassungstag in derselben Weise wie im vergangenen Jahre zu begehen. Der Reichsinnenminister reht an, daß nicht nur in den Landeshauptstädten, sondern möglichst in allen Städten und Ortschaften die Behörden gemeinsame Feiern veranstalten. Für die Reichsbehörden ist die Anweisung ergangen, daß die Dienstgebäude vorchriftsmäßig zu flaggen haben. Den Beamten soll, soweit es die Dienstverhältnisse gestatten, Dienstbefreiung auf Antrag zur Teilnahme an den Feiern gewährt werden.

Die 12jährige „weltrevolutionäre“ Hilfskraft

Berlin, 13. Juli. (Eig. Dienst.) Am Sonntag begann in Berlin der 10. Parteitag der KPD, den die „Rote Fahne“ als den „Parteitag der inneren Sammlung“ bezeichnet. Wie stark das Sammlungsbedürfnis der KPD ist, zeigt u. a. die Anwesenheit eines 12jährigen Vertreters des Jung-Partiats-Bundes. Er teilte u. a. mit, daß sich die Bestrebungen seines Vereines hauptsächlich gegen die reaktionären Lehrer richten. Der übliche Verlauf der kommunistischen Tagung ergab ähnliche Blüten und — was ganz selbstverständlich ist — eine endlose Fehde gegen die Sozialdemokratie. Sie ist bekanntlich an allem Schuld.

Verbrauchssteuern und Reparationstribut

Von Paul Herz.

Die deutschnationale Regierung will ganze Arbeit machen. Sie hat sich nicht damit begnügt, dem Reichstag Zölle vorzuschlagen, die alle Preise gewaltig steigern würden, sondern sie beschäftigt auch eine starke Erhöhung der Verbrauchssteuern. Bier und Tabak, die gegenwärtig bereits eine Steuerlast von mehr als 700 Millionen Goldmark tragen, sollen noch härter belastet werden. Auch für Zucker und Salz, diese lebensnotwendigen Nahrungsmittel, wird eine Erhöhung der Steuer verlangt.

Das geschieht in demselben Augenblick, in dem alle Verbrauchssteuern ermäßigt werden. Sowohl die Einkommensteuer, als auch die Vermögens- und Erbschaftsteuer werden künftig herabgesetzt. Die Vermögenszuwachssteuer wird nicht mehr erhoben. Und an die Besteuerung der Inflationsgewinne ist überhaupt nicht zu denken.

Solche Absichten können nur aus unsozialer Geizgier geboren sein, denn die Belastung der Bevölkerung ist umso höher, je geringer das Einkommen ist. Sie steigt zugleich mit der Größe der Familie und verschärft die Notlage der arbeitslosen Familien. Stets ist deshalb in den Ländern, in denen das Bürgertum weniger steuerlos war, als in Deutschland die Verbrauchsbelastung in engen Grenzen gehalten worden. Es erscheint im Ausland sogar als Ideal, sie zugunsten der Besteuerung weiter einzuschränken. In England trug der Verbrauch vor dem Krieg 60 Prozent aller Staatslasten, jetzt nur noch 40 Prozent, während der Anteil der Einkommensteuer von 40 auf 60 Prozent gestiegen ist.

In Deutschland aber will die neue Steuerreform die entgegengesetzten Wege gehen. Obwohl die Tabak- und Biersteuer vorlage der Reichsregierung im Reichstagsausschuß abgelehnt worden ist, muß trotzdem mit der Erhöhung dieser Steuern gerechnet werden. Denn es ist der Regierung gelungen, die Regierungsparteien für eine Erhöhung der Zigarettensteuer und des Tabakzollens von 30 auf 80 M. und der Biersteuer um 50 Proz. zu gewinnen. Auch für ihre übrigen Verbrauchssteuerveränderungen besitzt die Regierung eine Mehrheit. Die Zuckersteuer, die ursprünglich 35 Proz. des Herstellerpreises betrug, wird auf 50-55 Proz. erhöht werden.

Jedes Pfund Zucker wird mit der horrenden Steuer von 10 1/2 Pfennig belastet werden!

Und selbst Salz, das der menschliche Körper unter feinen Umständen entbehren kann, soll eine so hohe Steuerlast tragen, daß 17 Millionen Goldmark in den Reichssäckel fließen.

Das einzelne Pfund Salz soll eine Steuer von 7 Pfennig tragen.

Der Ertrag der Salzsteuer ist deshalb etwa 3/4 so hoch wie der der Erbschaftsteuer, während die Zuckersteuer sogar neunmal mehr bringt wie die Erbschaftsteuer, nämlich rund 225 Millionen.

Wenn die Verbrauchssteuern nach der Leistungsfähigkeit bemessen wären, so würden Verbrauchssteuern auf lebensnotwendige Nahrungsmittel überflüssig werden. Die Belastung des Verbrauchers erfolgt also zugunsten des Besitzers, damit dieser geringere Steuerlasten zu tragen hat. Sie erfolgt aber auch zugunsten der Entente, die dadurch künftig höhere Reparationslasten von Deutschland erhält, als sie die ausländischen Sachverständigen vorgeschlagen haben.

Das Dawesgutachten bestimmt nämlich, daß die Zolleinnahmen des Reiches und die Steuererträge aus Tabak, Branntwein, Zucker und Bier als Sicherheit für die Reparationszahlung verpfändet werden. Wenn diese Summe im Jahre 1926/27 eine Milliarde, im Jahre 1927 auf 2 1/2 einviertelmilliarden übersteigt, so erhöht sich die Reparationslast Deutschlands um ein Drittel des Mehretrages, im Höchstfall 250 Millionen. Diese Erhöhung wird mit Sicherheit eintreten. Denn bereits im Jahre 1924 haben die verpfändeten Einnahmen 1 1/2 Milliarden erbracht. Die erhöhte Belastung von Tabak, Bier und Zucker wird mit den höheren Zolleinnahmen die verpfändeten Reichseinnahmen auf etwa 2 Milliarden Mark steigern.

Deutschland muß also 1926 und 1927 je eine Viertelmilliarde, zusammen also eine halbe Milliarde mehr an die Entente bezahlen.

Diese Absichten schlagen allem ins Gesicht, was die Deutschenationalen bisher vertreten haben. Die wütenden Gegner jeder Erfüllungspolitik unterziehen sich jetzt mit dem größten Eifer der Aufgabe, die deutschen Leistungen an die Entente noch weiter zu erhöhen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

1. Je größer der Ertrag der Verbrauchssteuern ist, umso geringer wird die Belastung durch Verbrauchssteuern. Und da die Deutschenationalen stets die Steuerlast des Kapitals gefördert haben, so tun sie dies auch jetzt als Regierungspartei.

2. Die Deutschenationalen sehen sich sogar für die Erhöhung der Verbrauchssteuern ein, obwohl diese als Reparationstribut an die Entente gezahlt werden. Wie fern sind doch die Zeiten, in denen die Deutschenationalen erklärten: „Solange deutsche Regierungen noch Reparationen zahlen wollen, bewilligen wir keine Steuern!“

3. Der Hauptgrund aber ist die Hoffnung der Deutschenationalen, daß ein Teil der von den Vermögenden der Armen erprezten Verbrauchssteuern durch das System der „Einfuhrscheine“ in ihre eigenen Taschen geleitet werden kann.

Ob diese Einfuhrscheine von der Entente genehmigt werden, steht noch dahin. Aber schon die bloße Absicht läßt erkennen, wie wenig sich die Deutschenationalen und die Reichsregierung vom Wohl und Interesse des deutschen Volkes leiten lassen.

Die Armen sollen zahlen, damit die Reichen geschont werden können und die Entente eine halbe Milliarde unnützer Tribute erhält — — — das ist „nationale“ Steuerpolitik des Rechtsbundes!

Gegen den Zoll

Lebensmittelzölle

bedeuten Lebensmittelerhöhung, bedeuten daß jeder Haushalt jährlich im Durchschnitt mehr als 150 M. mehr als 10 Prozent seines Einkommens für die großagrarische Grundrente opfern muß,

bedeuten ein Geschenk an die Junker von mehr als einer Milliarde Mark im Jahr,

bedeuten eine Minderung des Gesamtertrages der Volkswirtschaft,

bedeuten also nicht Schutz der nationalen Arbeit, sondern die Verkümmern der nationalen Arbeitskraft durch Unterernährung und ihre allgemeine Ausparierung.

Industriezölle

bedeuten nicht höhere Löhne, bedeuten nicht höhere Lebenshaltung, bedeuten die Monopolgewinne,

bedeuten die Ausbeutung der Verbraucher, bedeuten die Verkümmern aller Kulturbedürfnisse der Massen,

bedeuten die Vernichtung des inneren Marktes, bedeuten die Schwächung der Weltmarktposition der wichtigsten deutschen Industrien.

Wehrt Euch also gegen die Schutzzölle!

Mindestens 150 Mark (Einhundert fünfzig Mark!)

muß der Familienvater jährlich für Lebensmittelzölle zahlen, wenn die Zollvorlage der Regierung Gesetz wird. Das sind 12,50 M. im Monat!

Das sind 10 Prozent bei einem Stundenlohn von 62 Pfennigen! Diese Last muß selbst ein Familienvater tragen, der wegen seines geringen Lohnes von der Lohnsteuer befreit ist!

Wehrt Euch gegen die Zollvorlage!

1 Milliarde Goldmark und mehr noch soll der Landwirtschaft aus den Lebensmittelzöllen zustehen! 150 Goldmark und mehr noch soll ihr jeder Familienvater sparen!

Am 10 Prozent und mehr noch soll sein Reallohn sinken!

Wehrt Euch gegen die Zollvorlage!

Leidet die Landwirtschaft Not? „Nein“, sagt die Wissenschaft:

Denn vor dem Kriege konnte die Landwirtschaft für 2300 Btr. Getreide nur einen Motorpflug kaufen.

Jetzt kann er für die gleiche Menge Getreide zwei Motorpflüge kaufen!

Vor dem Kriege konnte der Landwirt mit einem Zentner Getreide nur 4 Kilogramm der vier wichtigsten Düngemittel kaufen.

Jetzt kann er mit dem gleichen Zentner Getreide 6 Kilogramm kaufen!

Es ist nicht wahr, daß die „Preisfischer“ zugunsten der Industrie geöffnet ist!

Es ist ferner nicht wahr, daß die „Preisfischer“ geschlossen ist!

Wahr ist vielmehr, daß die „Preisfischer“ mit 16 Prozent zugunsten der Landwirtschaft geöffnet ist!

Darum: Fort mit den Lebensmittelzöllen!

Neuer Wucher mit den Baustoffen

Durch Wucherzölle soll die Wohnungsnot verschlimmert werden.

Die ersten Beschlüsse des handelspolitischen Ausschusses im Reichstag haben mit der Annahme von Zollpositionen geendet, die eine weitere Verteuerung des Bauens herbeiführen müssen. Die Begründung für diesen Zollschutz, der auf dem Baumarkt unaufrichtige Folgen haben muß, mochten sich Reichsregierung und Zollpartei sehr einfach. Am die Wettbewerbsfähigkeit der stark entwickelten deutschen Zementindustrie zu erhalten, ist eine Erhöhung des Zolles geboten. Benefiz für eine Notlage der deutschen Zementindustrie werden nicht gegeben. Daß der deutsche Schiefer minderwertig ist, gibt die Begründung des Zolltarifs an. Er ist auch um etwa 70 Mark für 1000 Stück Dachziegel teurer, als der französische Schiefer und kostet in der Verarbeitung infolge seiner geringeren Beschaffenheit mehr an Arbeitslohn. Mindestens 40 Prozent ausländischer Schiefer muß eingeführt werden. Die Belastung durch Zoll wirkt sich also beträchtlich aus. Auch die deutsche Kalkproduktion bleibt mit rund einer Million Tonnen hinter dem Bedarf zurück. Wir müssen Kalk einführen, und es ist unverständlich, warum die bisherige Zollfreiheit beibehalten werden soll.

Ein sozialdemokratischer Antrag, den Reichsarbeitsminister darüber zu hören, wie stark die neuen Zölle das Bauen verteuern, wurde von der Zollmehrheit abgelehnt. Dieses Vorgehen ist unerhört. Seit Jahren hält der für den Wohnungsbau verantwortliche Reichsarbeitsminister neben gegen die hohen Baustoffpreise. Noch bei der diesjährigen Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums hat selbst der deutschnationale Abgeordnete Behrens im Hauptausschuß gefordert über die spekulative Höhe der Baustoffpreise.

Bei der Wohnungsnot in Deutschland sind die sehr gut organisierten Baustoffindustrien in der Lage, sich Monopolpreise zu sichern, wenn nicht ein Preisdruck vom Auslande her regulierend einsetzt. Da in Deutschland gegenwärtig etwa eine Million Wohnungen fehlen und bis zum Jahre 1930 mit einem Gesamtbedarf von 2.600.000 neuen Wohnungen zu rechnen ist, hat die Baustoffindustrie eine große und günstige Konjunktur vor sich. Im Gegensatz zu anderen Industrien braucht sie nicht einen Absatzmangel zu befürchten. Die Nachfrage wird meist stärker sein als das Angebot; mithin ist die Gefahr einer Überverteilung vorhanden. Schon jetzt ist der Baustoffenindex 180 im Verhältnis zu 100 in Friedenszeiten. Eine Dreizimmerwohnung, die vor dem Kriege 5000 Mark kostete, ist jetzt nicht unter 9000 Mark zu erstellen. Das bedeutet für diese Dreizimmerwohnung

eine Jahresmiete von 1350 Mark oder das Vierfache der Friedensmiete. Zu dem hohen Mietfuß kommt man, weil wir mit einem sehr hohen Zinsfuß zu rechnen haben. Da solche Mietpreise nicht zu erweichen sind, ist noch auf andere hinaus das öffentliche Zuschußwesen erforderlich. Wer aber bringt diese Zuschüsse an? Die Massen durch die Hauszinssteuer, von der allein die Landwirte befreit sind. Könnte man die Baustoffen auch nur um ein Viertel senken, so würde man statt jetzt jährlich 187.000 etwa 250.000 Wohnungen unterbringen können. Steigen die Baustoffen, wie es bei den jetzt in Aussicht stehenden Zölle selbstverständlich ist, so gibt es nur eine Wahl: entweder weniger Wohnungsbauplan zu beschließen und damit die Wohnungsnot zu verschärfen, oder die Hauszinssteuer zu erhöhen. Beide Möglichkeiten sind ein Schlag gegen das Volkswohl. Die Verteuerung des Bauens hat größere Gefahren als die Verteuerung jedes anderen Erzeugnisses. Wirken sich die hohen Baustoffpreise aus, so wird man zeitlich wieder die Verteuerung des Bauens auf die Arbeiter, auf ihre „zu hohen“ Löhne und auf die ungenügende Arbeitszeit zurückführen. In Wirklichkeit sind die Arbeiter sowohl als Bauhandwerker wie als Inhaber der Wohnungen die Benachteiligten. Große Sanitäten und zu Preiseringen zusammengefloßene Gärten differieren die Baustoffpreise. Sie lassen keine Konkurrenz aufkommen, sie werden die einzigen sein, die auf den erhöhten Zöllen triumphieren.

Der deutsche Schnapskrieg

Von Wilhelm Sollmann, M. d. R.

Die Verwaltung des Reichs-Branntweinmonopols erwartet einen Bericht, der wegen seines Inhalts in riesenhafte Aufstellungskanäle weite Verbreitung verdient.

Es geht dem Reichs-Branntwein-Monopol sehr schlecht. Die Einnahmen des Reiches mit etwa 140 Millionen Mark jährlich bleiben um 50-60 Millionen Mark hinter den Vertriebsleistungen aus der Branntweinsteuer zurück und sind auch wesentlich geringer als das jetzige Aufkommen aus anderen Verbrauchssteuern: Tabak 360 Millionen, Zucker 231 Millionen, Bier 196 Millionen Mark. Der Verbrauch an Branntwein ist in Deutschland gewaltig gesunken: von rund 1.670.000 Hektoliter jährlich vor dem Kriege auf 470.000 Hektoliter jährlich nach dem Kriege. Nicht weniger als 1,7 Millionen Hektoliter Schnaps liegen unverkäuflich bei der Monopolverwaltung. Es konnte nur etwa ein Drittel der Menge Branntwein, die die Brennereien herzustellen in der Lage sind, auf dem Markte untergebracht werden.

Was wären wir mit diesen Schritten auf dem Wege zur Ausrottung der Schnapsucht? Also hätten alle diejenigen Unrecht, die Maßnahmen mindestens gegen den Schnapsalkoholismus fordern? Wir werden sehen. Zwar führt auch die Monopolverwaltung das Nachlassen des Schnapsabzuges auf die unerkennbaren Fortschritte der Mäßigkeits- und Enthaltensbewegung zurück, aber entscheidend sind ganz andere Gründe: ein regelrechter Krieg, den große Teile der deutschen Brenner mit Schiebungen, Fälschungen, Verfälschungen, Betrug, ja selbst Fies- und Schußwaffen gegen die verhasste Reichs-Monopolverwaltung führen, die Erzeugung, Verbrauch und Preise zu regeln unternimmt. Hören wir die Bildwelt gemahnenden antiken Worte:

Die Monopolverwaltung gibt Branntwein zu verschiedenen Preisen ab: Branntwein zu Trinkzwecken für 480 Mark, zur Herstellung von Arzneimitteln, Parfümerien, Essigen für 200 Mark, für technische Zwecke sogar für 30 Mark die 100 Liter. Alle Bemühungen der Schnapskapitalisten sind deshalb darauf gerichtet, unter Zug und Zwang sich billigen Branntwein für Heil- und technische Zwecke zu verschaffen und ihn dann unter ungünstigem Gewinn in Trinkzwecken zu verwandeln. Allein der bekannte Spritweber, berüchtigt durch seine Beziehungen zur Deutschen Volkspartei, hat auf solche Art 1 Million Liter verbotswidrig der Bevölkerung von Trinkzwecken zugewandt. Es war nur einer von vielen. Der Bericht zählt eine ganze Reihe der raffiniertesten technischen und chemischen Betrugsmethoden auf. Allein durch den eigenen Ermittlungsdienst des Monopols sind 3.700.000 Liter Schnaps in dem Berichtsjahre 1923/24 als verbotenen festgehalten worden. Die dem Reich hinterzogenen Einnahmen belaufen sich auf schätzungsweise 11,3 Millionen Reichsmark. Die verhängten Geldstrafen sind 40-50 Millionen Mark, aber niemand weiß, wieviel davon wirklich eingehen. Möglich waren so riesenhafte Schiebungen nur, weil Polizei und Postbeamte mit den Branntweinschiebern Hand in Hand arbeiteten. Die zu kontrollierenden Betriebe wurden ba und dort von der Polizei selbst gewarnt, die Kontrollbeamten eintrafen.

Neben so phantastischen Schiebungen flüht die Schwarzbrennerei, zumal in Süddeutschland, wo die Brennerei in viele tausend Kleinbetriebe zerfällt. Hier muß man den amtlichen Bericht wörtlich wirken lassen, um nicht in den Verdacht zu kommen, man übertriebe:

„Wiederholt wurden Beamte bei den Wecherten mit Beschimpfungen und Belästigungen empfangen; es wurde ihnen mit Schußwaffen, Ketten und dergleichen entgegengetreten, bereinigt wurde auf sie geschossen. In einzelnen Dörfern kam es zu Zusammenrottungen, wobei Beamte verfolgt und mit Steinen beworfen wurden, und ihnen das Weichtommen mit dem Fahrrad durch über die Straße gelegte Stangen erschwert wurde. Pflichttreue Beamte, auch deren Frauen, wurden teils mündlich, teils schriftlich mit dem Tode bedroht.“

Wer erinnert sich da nicht der Kämpfe, die das trodengelagte Nordamerika mit den Alkoholmugglern führt? Es scheint, daß Deutschland auch ohne Trudenlegung sich etliches in Schnapskriegen leistet.

Die ganzen Operationen geschehen, um das Reichsbranntweinmonopol auszuhebeln. Die Schnapsflut soll ungehemmt die Wälder kapitalistischer Gewinne treiben.

Die von der Monopolverwaltung gemachten Reformvorschlüsse werden an anderer Stelle zu prüfen sein. Hier genügt es, die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß versucht wird, das Staatsmonopol in einem ungeheuren Aufschub voll stinkender Korruption zu erlösen.

Gewertschaffen gegen die Wucherzöllerei

Der Landesausführer Bayern des V.D.B. nahm gemeinsam mit den Vertretern der Landesausführer des V.D.B. Bundes und des V.D.B. zur Zollvorlage Stellung. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird Protest gegen die Absichten der Regierung eingelegt. Die Industriezölle würden nur Aufschub bringen, Betriebsverhältnisse und Stilllegungen herbeiführen, in deren Gefolge Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend marschieren. Eine ungeheure Steigerung der Preise für alle Lebensmittel und sonstigen Verbrauchsgüter würde das tägliche Leben sein die natürliche Folge der Quarantäne, die jede Familie jährlich mit 150 Mark belasten. Für die Millionen Rentner müßte die neue Belastung geradezu katastrophal wirken, da jede Steigerung der Kosten der Lebenshaltung sie der Gefahr des Verhungerns näher bringe. Die Bayerische Regierung wird aufgefordert, ihren Einfluß bei der Reichsregierung geltend zu machen, um die ungeheure Gefahr zu bannen, die dem Volke aus der Zollvorlage droht.

Der Reichstag, die Parteien und die Aufwertung

Die Benachteiligung und der Beitrag an den Sparern vollendet

Berlin, 13. Juli.

Reichstagsstimmungsbild

Der Reichstag setzte am Montag die Beratung der Aufwertungsangelegenheit fort. Während der Rede war der Saal sehr schwach besetzt, jedoch füllte sich das Haus bei den Abstimmungen und es zeigte sich, daß über 400 Abgeordnete anwesend waren. Die Besetzung ist also sehr stark. Zu der Frage der Hypothekenaufwertung begründete Abg. Ströbel einen sozialdemokratischen Antrag, der die Aufwertung auf bis zum 15. Juni 1923 bis 1. Juni 1921 rückwirkend gelten lassen will. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der auf 5 Prozentige Verzinsung und schnellere Tilgung der Hypotheken ab 1923 bis 1928 hinwirken wollte. Für die Industrieobligationen vertrat Abg. Keil in einer längeren Rede Aufwertung auf 40 Prozent, statt auf 15 Prozent. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Abg. Dr. Leber sprach für den sozialdemokratischen Antrag, der die Sparlassenguthaben statt auf 15 auf 25 v. H. aufgewertet wissen will. Auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung. Die Aufwertungsfrage ist fest sich zusammen aus allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Wölkischen. Nur ab und zu stimmte die Demokratie mit der Linken, meist blieben Sozialdemokraten, Kommunisten und Wölkische allein. Die Sozialdemokratie hat an einer Reihe von namentlichen Abstimmungen festgehalten, um festzustellen, welche Abgeordnete sich den berechtigten Aufwertungswünschen widersetzen. Die Sitzung dauerte abends 8 1/2 Uhr noch fort und wird sich vermutlich bis zur zehnten oder elften Abendstunde ausdehnen.

Im weiteren Verlauf der Debatte erscheint mit Abg. Kusen der Linken berührt der Abg. Dr. Steininger (Dntk.) auf der Tribüne, um sich gegenüber dem unbefriedigt lautenden Gefächel dafür auszusprechen, daß die Schuldverschreibungen der Städte bei der Aufwertung keine schlechtere Behandlung erfahren hat, als die des Reiches.

Beim Kapitel „Aufwertung von Sparlassenguthaben“ schießt die Kompromißvorlage die Aufwertung dadurch vor, daß ein Zreuhänder die Teilungsmasse unter die Gläubiger verteilt. Der aus der Verteilung auf die Sparguthaben entfallende Aufwertungsbeitrag soll mindestens 12 Prozent betragen, die Teilungsmasse wird auch hier im Gesetz spezifiziert.

Abg. Leber (Soz.) beantragt, im Gesetz zum Ausdruck zu bringen, daß die Sparlassenguthaben mindestens mit 25 Prozent aufgewertet werden.

In einer Geschäftsordnungsdebatte kam zum Ausdruck, daß die Aufwertungsangelegenheit bis zum 15. Juli nicht verabschiedet werden können. Am 15. Juli verliert aber andererseits die dritte Steuerreformordnung ihre gesetzliche Gültigkeit. Am feinen Zustand der Gesetzlosigkeit in der Aufwertungsfrage eintreten zu lassen, wird der Reichstag am Dienstag in allen drei Lesungen einen Gesetzentwurf verabschieden, durch den die dritte Steuerreformordnung um einige Tage verlängert werden soll.

Abg. Keil (Soz.) begründet eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, bei den Länderregierungen dahin zu wirken, daß ein Aufwertungsbeitrag von 40 Prozent bei öffentlichen Vaudarlehen auf 25 Prozent herabgesetzt werde.

Damit ist die 2. Beratung des Hypothekenaufwertungsgegesetzes beendet.

Nach 10 Uhr abends verläßt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr.

Abstimmungen über die vorliegenden Anträge und das Hypothekenaufwertungsgegesetz und 2. Beratung des Anteilbeaufwertungsgegesetzes.

Sitzungsbericht

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Die zweite Lesung des Aufwertungsgegesetzes wird fortgesetzt bei den §§ 16 und 17, die den Anmeldezwang behandeln. Bei der Gläubiger Hypotheken abgetreten und die Gegenleistung dafür schon im Juni 1922 oder unter Vorbehalt der Rechte angenommen, so wird die Hypothek ohne die persönliche Forderung nach § 17 auf der Grundlage des für ihn maßgebenden Goldmarkbetrages unbeschadet der Aufwertung auszusitzen des Erwerbers aufgewertet, sofern nicht die festgelegten Ausnahmefälle vorliegen sind.

Abg. Dr. West (Dntk.) will dem § 17 eine neue Fassung geben, die die Rechte der Gläubiger erweitert. Der Redner kommt dann auf seinen Zusammenstoß am Samstag mit dem Reichsjustizminister Dr. Frenkel zurück und weist den Vorwurf des Justizministers, daß er sich dem Reichsminister gegenüber unachtsam benommen habe, entschieden zurück. (Weißfall links.) Er habe keine Kritik nicht geübt, als ob er der höchste Richter seines Heimatlandes gewesen sei, sondern gerade, weil er dieses hohe Amt bekleidet habe.

Er habe 52 Jahre in der Justiz gestanden und kennen gelernt, daß oft Recht zum Unrecht wird. In den Reichstagsfraktionen der anderen Parteien seien Leute, die gegenüber ihrer eigenen Überzeugung aus Fraktionspflichten für den Kompromißantrag stimmen. (Anrufe rechts und Oborufe.) Der Redner schließt: Im Stillen teilen viele meine Meinung, die es nur nicht offen aussprechen wollen. (Zustimmung links, Anrufe und Widerspruch rechts und in der Mitte.)

Die Abstimmungen wurden wegen der schlechten Besetzung des Hauses zurückgestellt. Die Einzelberatung nach weiter § 25 der Kompromißvorlage bestimmt, daß die Rückzahlungen der Aufwertungsbeiträge durch den Gläubiger nicht vor dem 3. Januar 1922 verlangt werden können. Bei besonders gearteten Wirtschaftsverhältnissen, die § 26 bestimmt, muß die Rückzahlung bis zum 1. Januar 1923 erfolgt sein. Das Gesetz steht in einer besonderen Bestimmung im § 27 vor, daß frühestens vom 1. Januar 1924 ab in besonderen Fällen Vorauszahlungen in Höhe von 10 Prozent des Gesamtanspruches erfolgen können.

Abg. Ströbel (Soz.) begründet zu den vorstehenden Gesetzstellen Änderungsanträge, in denen gewünscht wird, daß der Gläubiger je ein Viertel seiner Gesamtforderung am 1. 1. 27, am 1. 1. 29, am 1. 1. 31 und am 1. 1. 33 verlangen kann. Grundsätzlich sollen außer dem Eigentümer und Schuldner befreit sein, schon vor dem gesetzlich fixierten Zeitpunkt nach 3 Monaten Rückzahlung nach oben zum Teil den Aufwertungsbeitrag zu zahlen. Die §§ 26 und 27, deren Inhalt oben angedeutet wurde, will ein weiterer sozialdemokratischer Antrag streichen.

Abg. Dr. West (Dntk.) begründet demgemäß ähnliche Anträge. Vom 1. 1. 1925 beträgt der Zinssatz 1,2 Prozent, vom 1. 7. 25

2,5 Prozent, vom 1. 1. 1926 3 Prozent, und vom 1. 1. 1928 5 Prozent. Wenn dem Schuldner nach 1932 weitere Stundungen bewilligt werden, so soll die Regierung ermächtigt sein, den dann in Frage kommenden höheren Zinssatz zu bestimmen.

Abg. Dr. West (Dntk.) begründet demgemäß ähnliche Anträge. § 28 bestimmt: Der Aufwertungsbeitrag ist bis 1. 1. 1925 unverzinst, rückständige Zinsen werden erlassen. Vom 1. 1. 1925 beträgt der Zinssatz 1,2 Prozent, vom 1. 7. 25 2,5 Prozent, vom 1. 1. 1926 3 Prozent, und vom 1. 1. 1928 5 Prozent. Wenn dem Schuldner nach 1932 weitere Stundungen bewilligt werden, so soll die Regierung ermächtigt sein, den dann in Frage kommenden höheren Zinssatz zu bestimmen. § 29 bestimmt, daß die Verpflichtung zur Leistung von Tilgungsbeiträgen bis zum 1. 1. 1926 ruht. Die Aufwertungsstelle soll auf Antrag des Gläubigers den Tilgungsbeitrag erhöhen können, wenn die wirtschaftliche Lage des Schuldners es gestattet.

Abg. Keil (Soz.) nennt die gesetzlichen Bestimmungen über die Rückzahlung eine ausführliche Ausgabe der in § 8 der Vorlage zu alleinigen Gunsten der Schuldner einseitig verankerten Härteklause.

Der Beitrag an Gläubiger sei so hoch, daß in § 4 des Gesetzes der Aufwertungsbeitrag 25 Prozent, und in § 28 auf 0 Prozent reduziert wurde. Durch den rückständigen Zinsbetrag der dort ausbleibt wurde.

Abg. Keil (Soz.) begründet demgegenüber einen kommunikativen Antrag, der zum Zweck der erhöhten Verzinsung und Tilgung sowie der beschleunigten Rückzahlung an bedürftige Gläubiger eine Tilgungsanstalt schaffen will.

Abg. Seiffert (Dntk.) wendet sich namentlich gegen die gesetzliche Regelung der Verzinsung der Aufwertungsbeiträge, die er unter dem Begriff „Rückzahlungsparagrafen“ zusammenfaßt.

Abg. Emminger (Bayer. Volkspartei) verteidigt die Kompromißvorlage, die in § 27 noch immer Vorteile für die Gläubiger bringe, obwohl dieser Paragraph in einer Weise gegenüber seinem (des Redners) im Ausschuss beantragtem Text verunstaltet worden sei, daß er die Verantwortung ablehne. (Hört, hört links.)

Abg. Ströbel (Soz.) schießt sich für einen sozialdemokratischen Antrag ein, der den Zinssatz des § 28 schon vom 1. Januar 1925 auf 5 Prozent festsetzen will. Das Reichsfinanzministerium soll außerdem ermächtigt werden, mit Zustimmung des Aufwertungs Ausschusses des Reichstages den Zinssatz zu verändern. Der Redner wendet sich dann nochmals energisch gegen die Behandlung der ganzen Aufwertungsfrage durch die Kompromißparteien. Weber im Ausschuss noch im Plenum hätten die Kompromißparteien sich zu einer ersichtlichen Diskussion dieser für das ganze Volk wichtigen Frage herbeizulassen.

Abg. Dr. West (Dntk.) begründet in ähnlichem Sinne gehaltene Anträge.

Die §§ 33-46 beschäftigen sich mit der Aufwertung von Industrieobligationen und verwandten Schuldverschreibungen, sowie dem Genusrecht. § 33 bestimmt, daß der Aufwertungsbeitrag hierfür 15 Prozent betragen soll. § 34 enthält eine Härteklause, die dem Schuldner bei wirtschaftlich schwieriger Lage gestattet, eine Herabsetzung der Aufwertung zu verlangen. § 35 bestimmt, daß die Aufwertung auch dann stattfindet, wenn der Gläubiger schon eine Leistung angenommen und sich seine Rechte vorbehalten hat. § 36 bestimmt, daß Rückzahlung, Verzinsung und Tilgung wie bei den Hypotheken vorzusprechen ist, soweit nicht die Reichsregierung etwas anderes bestimmt.

Abg. Keil (Soz.) begründet zu diesem Kapitel sozialdemokratische Änderungsanträge, in denen unter anderem verlangt wird, Erhöhung des Aufwertungsbeitrages von 15 auf 40 Prozent, oder in einem Eventualantrag Erhöhung auf 25 Prozent. Die gesetzlichen Bestimmungen über das Genusrecht wollen die sozialdemokratischen Anträge streichen. Ueber das Genusrecht bestimmen die §§ 37-46 unter anderem, daß vor dem 1. 7. 1920 erworbene Schuldverschreibungen mit dem 1. 7. 25 Anspruch auf Beteiligung am Reingewinn des Schuldners und am Liquidationserlös haben, wobei 10 Prozent des Goldmarkbetrages der Schuldverschreibung als Nennwert zugrunde gelegt werden sollen. Der Schuldner soll berechtigt sein (§ 43) die Genusrechte durch Zahlung des Nennbetrages abzuschließen.

Inzwischen haben sich bis 5 Uhr nachmittags von den 493 Reichstagsabgeordneten etwa 50 im Saale eingeunden.

Abg. Dr. West (Dntk.) erklärt, die Grobindustrie habe es durchgesetzt, daß bei Industrieobligationen nicht einmal 25 Prozent, sondern nur 15 Prozent aufgewertet und dazu nur noch ein Genusrecht, Erhöhung des Aufwertungsbeitrages, gegeben werde. Dabei scheine von sehr zweifelhaften Werten geredet zu werden. Dabei schreie gerade das Kapitel „Industrieobligationen“ nach einer Aufwertung. Der Redner begründete Anträge, die u. a. den Aufwertungsbeitrag für Industrieobligationen von 15 auf 50 Prozent erhöhen wollen, desgleichen Anwendung der Härteklause nach beiden Richtungen und Erhöhung des Nennwertes des Genusrechtes von 10 auf 35 Prozent verlangen.

Reichswirtschaftsminister Neuhaus: Das Problem der Aufwertung für Industrieobligationen ist im Ausschuss schon sehr eingehend erörtert worden. Ich halte mich trotzdem verpflichtet, auf einige Punkte auch hier noch einzugehen. Es ist die Ansicht vertreten worden, daß die Industrie es verstanden hätte, in der Diskussion sich ihre Substanz zu erhalten; dabei ist vielfach auf die Denkschrift Brand hingewiesen worden. Schon im Ausschuss ist aber den Herren erklärt worden, daß Justizrat Brand in seiner Denkschrift absolut nicht beweiskräftige Zahlen angibt. (Hört, hört, links.) Es sind kaum 20 Prozent unserer Gesellschaften, die auch bei härtester Zusammenlegung einen Kurs von 100 Prozent halten könnten. Es ist behauptet worden, daß die Industrie im Vergleich mit der Volkswirtschaft einseitig sei. Wir haben im Wirtschaftsministerium sehr eingehende Erhebungen in dieser Richtung angestellt, die sich auf die amtlichen Zahlen von 51 Großindustriebetrieben stützen, und wir haben festgemacht, daß diese Betriebe unter Berücksichtigung der Vorzüge des Regierungsentwurfes insgesamt mit 70 Prozent ihrer Vorkriegsschulden belastet sind (Hört, hört links). Ich bezweifle auch noch auf die besondere Belastung der Industrie durch das Dawesabkommen. Eine höhere Belastung der Industrie war aus all diesen Gründen unmöglich. Wenn einer auch nur die geringste Ahnung von unserem Wirtschaftslieben hat, muß er wissen, daß die Industrie unter allen Umständen in die Lage versetzt werden muß, wieder Kapital zu beschaffen und es genützt nicht, daß die Industrie ihre Betriebe in Ordnung hält. Es fehlt ihr vor allem an Kredit, an Betriebskapital (sehr richtig, rechts). Es ist mir sehr schwer gefallen, auf den Boden des Kompromisses zu treten und zwar deshalb, weil ich meine, daß man endlich dafür sorgen muß, daß unsere Industrie wieder Touren macht und unser Produktionsprozess wieder in Schwung kommt (Weißfall rechts).

Abg. Seiffert (Dntk.) glaubt nicht, daß die Industrie von der komplizierten Regelung der Genusrechte Gebrauch machen wird. Die Industrie wird, sobald das Gesetz Tatsache wird, sicherlich die gesamte Obligationsschuld zurückkaufen. Mit Vorlagen wie der Aufwertungsregelung könne man die Industrie nicht in Schwung bringen.

Das Haus nimmt dann die rückständigen Abstimmungen vor. Ein sozialdemokratischer Antrag, der in § 10 die Unterhaltsberechtigten und Verpflichteten (Abg. 3) von der Möglichkeit ausschließen will, von dem normalen Aufwertungsbeitrag abzuweichen, wird in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 231 Stimmen abgelehnt.

In einer weiteren namentlichen Abstimmung wird ein sozialdemokratischer Antrag mit 224 gegen 177 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt, der in § 15 (Rückzahlung), eine Bestimmung einführen wollte, durch die eine Aufwertung bis zu 20 Prozent dann stattfinden soll, wenn der Gläubiger vor dem 15. 6. 22 eine Leistung bis 10 Prozent des Goldwertes seiner Forderung ohne Vorbehalt angenommen hat. Annahme findet gegen die Stimmen der Linken ein Antrag Wölkischen (Wölk.), der die Rückzahlung dann nicht eintreten lassen will, wenn sie für den Eigentümer insofern eine unbillige Härte bedeuten würde, als er zur Befriedigung der Leistung seiner Zeit gezwungen war, Dinge unter ihrem Realwert zu veräußern. Beim Kapitel Industrieobligationen werden die Anträge Dr. West auf Erhöhung des Aufwertungsbeitrages von 15 auf 50 Prozent und Keil (Soz.) auf 40 Prozent von der Mehrheit der Kompromißparteien abgelehnt. Ueber einen Eventualantrag Keil (Soz.) auf Erhöhung des Aufwertungsbeitrages für Industrieobligationen von 15 auf 25 Prozent (wie bei den Hypotheken) wird namentlich abgestimmt. Die namentliche Abstimmung ergibt die Ablehnung des Eventualantrages Keil (Soz.) mit 226 gegen 175 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen. Es bleibt also bei dem Satz der Kompromißparteien von 15 Prozent für Industrieobligationen und verwandte Schuldverschreibungen. Alle übrigen Änderungsanträge der Kommunisten, Sozialdemokraten, Wölkischen und des Abg. Dr. West, die im Bericht schon erwähnt sind, wurden von der Mehrheit der Regierung führenden Parteien abgelehnt und die Kompromißvorlage aufrechterhalten.

Dann wurde die Einzelaussprache beim Kapitel Aufwertung von Pfandbriefen und verwandten Schuldverschreibungen fortgesetzt. Die Kompromißvorlage bestimmt, daß solche Ansprüche so aufgewertet werden sollen, daß die Teilungsmasse gleichmäßig unter die Gläubiger im Verhältnis der Goldmarkbeträge ihrer Ansprüche verteilt wird. Die Teilungsmasse wird besonders bestimmt. Die Abstimmungen sollen erst wieder am Dienstag vorgenommen werden.

Im weiteren Verlaufe der Debatte erscheint Abg. Dr. Steininger (Dntk.) auf der Tribüne, um sich dafür auszusprechen, daß die Schuldverschreibungen der Städte bei der Aufwertung keine schlechtere Behandlung erfahren haben als die des Reiches. Bei der Kapitalaufwertung von Sparlassenguthaben schießt die Kompromißvorlage die Aufwertung dadurch vor, daß ein Zreuhänder die Teilungsmasse unter die Gläubiger verteilt. Der aus der Verteilung auf die Sparlassenguthaben entfallende Aufwertungsbeitrag soll wenigstens 12 Prozent betragen. Die Teilungsmasse wird auch hier im Gesetz spezifiziert.

Abg. Dr. Leber (Soz.) beantragt, im Gesetz zum Ausdruck zu bringen, daß die Sparlassenguthaben wenigstens mit 25 Prozent aufgewertet werden.

Abg. Seiffert (Dntk.) schießt sich dem an, würde nicht mindestens die Aufwertung in dieser Höhe vorgenommen, dann würden die kleinen Leute niemals mehr Vertrauen zu ihrer Bank, der Sparkasse haben.

In einer Geschäftsordnungsdebatte kommt zum Ausdruck, daß die Aufwertungsangelegenheit bis zum 15. Juli verabschiedet werden können. Am 15. Juli verliert aber andererseits die 2. Steuerreformordnung ihre gesetzliche Gültigkeit. Am feinen Zustand der Gesetzlosigkeit in der Aufwertungsfrage eintreten zu lassen, wird der Reichstag am Dienstag in allen drei Lesungen einen Gesetzentwurf verabschieden, durch den die dritte Steuerreformordnung um einige Tage verlängert werden soll.

Abg. Seiffert (Dntk.) begründet im weiteren Verlaufe der Einzelberatung einen Antrag, monach die Aufwertungsstellen berechtigt sein sollen, die Inflationskäufe der Ausländer am deutschen Grundstücksmarkt für ungültig zu erklären.

Abg. Heine (Dntk.) beantragt, das Gesetz über die Aufwertung von Hypotheken und sonstigen Ansprüchen mit Wirkung vom 15. Juli in Kraft treten zu lassen. In der Vorlage selbst ist für das Inkrafttreten noch kein Datum festgesetzt.

Abg. Keil (Soz.) begründet eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, bei den Länderregierungen dahin zu wirken, daß der Aufwertungsbeitrag von 40 Prozent bei öffentlichen Darlehen auf 25 Prozent herabgesetzt werde.

Damit ist die zweite Beratung des Hypothekenaufwertungsgegesetzes beendet. Nach 10 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. Abstimmungen über die vorliegenden Anträge und das Hypothekenaufwertungsgegesetz und 2. Beratung des Anteilbeaufwertungsgegesetzes.

Verbandsstag des Malerverbandes

ESD. Dresden, 10. Juli. (Eig. Bericht.)

Am vierten Verhandlungstag beschäftigte sich die 19. Generalversammlung der Maler zunächst mit der praktischen und künstlerischen Entwicklung des Maler- und Lackierergewerbes. In der Aussprache wurde allgemein betont, daß in nachfragen ein Zusammenarbeiten mit den Arbeitgebern im Interesse des Gewerbes anzustreben sei. Es wurde dann eine Entschließung angenommen, die sich mit der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung umzuwandeln. Weiter wird ein besserer Ausbau der Jugendstufbestimmungen, insbesondere in den Fragen des Urlaubs gefordert, der für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr jährlich in angemessener Form gewährt werden soll. Mit allen Mitteln soll eine tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung und der notwendigen Ausbau der Berufsbereitschaften, der Fortbildungs- und Fachschulen angestrebt werden. Der Verbandsstag beschäftigte sich dann mit der Frage der Verschmelzung des Malerverbandes mit dem Leugenerverband, die bekanntlich von 75,6 Prozent der Mitglieder des Malerverbandes abgelehnt wurde. Die Generalversammlung beschloß, daß nur mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Ausbau der Organisation gewirkt werden soll.

Am Freitag vormittag wurde die Veränderung der Statuten beraten. Ein Antrag, den Vorstand zu beauftragen, für eine Annahme in allen Staaten, also auch in Sowjetrußland einzutreten, wurde angenommen. Dafür stimmten auch die Kommunisten, wenn auch nur mit sehr geringem Gefühle. Der bisherige Vorstand: Steine, Vorländer, Feitrid, Kaffner, Marx, Schrifführer, Ringel, Mehrens, Thomen und Schmal Weißer, wurde einstimmig wiedergewählt. Damit erreichte der Verbandsstag sein Ende.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Republikanischer Tag in Rastatt

Bannerweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Rastatt

Lebten Samstag und Sonntag fand in Rastatt unter sehr starker Beteiligung der auswärtigen Ortsgruppen die Bannerweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Rastatt, statt. Die Stadt Rastatt prangte zu Ehren des Festes und der von auswärts kommenden Gäste erfreulicherweise in reichem Flaggenschmuck. Ganz besonders die Leopoldstraße, deren Bewohner ausschließlich aus Arbeitern besteht, war prächtig dekoriert. Auch in der Stadt sah man eine große Zahl Fahnen Schwarz-Rot-Gold, ein Beweis, daß auch in der ehemaligen Militärstadt Rastatt der Gedanke der republikanischen Staatsform immer mehr an Boden gewinnt. Das Fest wurde am Samstag abend mit einem in bester Ordnung durchgeführten Zapfenstreich eingeleitet. Die Ortsgruppe Rastatt trat mit 200 Mann an, sie gab damit der Festeseinleitung ein würdiges und eindrucksvolles Gepräge. Kein Wunder, daß die Genen ihren Jörn und ihre Wit laum verbergen konnten, sie machten ihrem Unmut und Jörn in der gemächlichen Befehtigung einer Triumpfbogen Luft. Aber diese „Liebenswürdigkeiten“ von mit blindem Haß erfüllten Lausbuben konnte der in allen Teilen großartig gelungenen Feiern keinen Abbruch tun. Nach dem Zapfenstreich versammelten sich die Rastatter und die inzwischen schon eingetroffenen auswärtigen Reichsbannerkameraden im Franzgarten mit den Familienangehörigen zu einem gemütlichen Abend, der noch eine besonders feierliche Note erhielt durch die Anwesenheit des zum Feste eingetroffenen Staatspräsidenten a. D. Wilhelm Blos (Stuttgart). Mit einem stürmischen „Frei Heil“ und mit dem Reichsbannerlied wurde dieser alte, in Ehren ergrante Kämpfer für die republikanische Staatsform empfangen. Gerührt und sichtlich bewegt dankte Genosse Blos für die ihm dargebrachte Ovation. Seine zu Herzen gehende Ansprache schloß mit dem innigen Wunsch, daß sich die schwarz-rot-goldene Bewegung in der bisherigen Weise zum Schutze der deutschen Republik weiter entwickeln möge. Sein mit großer Begeisterung aufgenommenes Hoch galt den Farben Schwarz-Rot-Gold und der deutschen Republik. Die vorzüglichen Darbietungen der Rastatter Feuerwehrlaufkompanie unter Herrn Kirchs vorsüßlicher Leitung trugen viel zum Verschönen des Abends bei.

Am Sonntag wurde um 6 Uhr morgens die Bevölkerung von Rastatt durch ein musikalisches Beden aus dem Schlummer gerissen und auf den republikanischen Festtag aufmerksam gemacht. Im Laufe des Vormittags trafen die auswärtigen Reichsbannerkameraden in sehr großer Anzahl ein. Die Rastatter Ortsgruppe beteiligte sich auch am Vormittag an dem katholischen und evangelischen Gottesdienst mit der alten Her Gabe. Kurz vor 11 Uhr traten die inzwischen eingetroffenen Ortsgruppe vor dem Rathaus zur Kranzniederlegung am Denkmal der 1849er Handrechtlich Erschlagenen auf dem alten und für die im Weltkrieg gefallenen Kameraden auf dem neuen Friedhof an. Nach der Kranzniederlegung und kurzen Ansprache der Genossen Adolf Geß und Wilhelm Blos, die in ein Treuegelöbniß zur deutschen Republik und in den Dank für die gefallenen Kameraden im Weltkrieg ausliefen, traten die Reichsbannerleute mit klingendem Spiele den Rückmarsch in die Stadt an. An dieser Stelle sei ganz besonders noch dem Genossen J. Thomen für die wirklich prachtvolle Ausschmückung des Denkmals der 1849er Handrechtlich Erschlagenen ausgesprochen.

Um 12 Uhr formierten sich etwa 1200 Reichsbannerleute zu einem imposanten und in strengster Ordnung und Disziplin durchgeführten Festzug. Die beiden Ehrenäste W. Blos und Adolf Geß wurden in einer offenen Droschke im Festzug hinter der alten Her Gabe mitgeführt. Drei Musikkapellen folgten mit ihren kühlen Märschen für den glänzenden Verlauf des Festzuges. Der Festzug wurde mit dem Arbeiter-Radfabriksverein Solidarität Rastatt und mit dem Trommler- und Pfeiferkorps des Reichsbanners Rastatt eingeleitet. Die den Festzug passierenden Straßen waren mit Zuschauern und Teilnehmern stark besetzt. Die Reichsbannerleute wurden mit Blumen gerades überhäuft. Es herrschte eine herliche Begeisterung. Nach dem Festzug fand ein Festakt in der städt. Festhalle am L.W. Platz statt. Die weite Halle war mit Menschen geradezu überfüllt. Trotz der Schwüle harrten die Massen in Geduld aus, es herrschte in dem festlich archaisch geschmückten Raum während des ganzen Festaktes eine lautlose Stille. Die Bannerweihe wurde eingeleitet mit einer Ansprache des 1. Vorsitzenden der Rastatter Ortsgruppe, Rechtsanwalt Roth. Ihm folgte Fräulein Ely Schneider-Karlstrube mit einem prächtigen und mit großem Eifer und Begeisterung vorgetragenen Prolog. Darauf nahm Reichstagsabgeordneter Schöpslin das Wort zu einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen Festansprache. Nach ihm trat Kamerad Schleißner-Mannheim ans Rednerpult, um ebenfalls in einer mit hohem Idealismus getragenen Ansprache die Bedeutung der Farben Schwarz-Rot-Gold den aufmerksamen Zuhörern klar zu legen. Auch dieser Redner erntete für seine trefflichen Ausführungen starken Beifall. Kamerad Widmann vom Gauvorstand übergab sodann mit einer kurzen Ansprache das neue sehr schöne Banner dem Vorsitzenden Kameraden Roth, der es dem Bannerträger Kameraden Wögele mit einem Treuegelöbniß übergab. Kamerad Schmitz nahm aus den Händen von Fräulein Schneider, die bei der Bannerübergabe nochmals einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Prolog vortrug, mit einem Treueschwur das Jugendbanner. Nach der Bannerübergabe sang der Arbeitergesangverein Liebesfreiheit unter Herrn Hinderstiebs Leitung den ihm männlichen Freiheitschor „Lob Doloson“. Alsdann ergriff noch Genosse Adolf Geß-Offenburg das Wort und dankte in seinem und des Gen. Blos Namen dem Vorsitzenden Kameraden Roth für die freundliche Einladung zu diesem Festtage. Der Redner bat die Ortsgruppe Rastatt und Oberbürgermeister Kemmer, das Denkmal der 1849er Handrechtlich Erschlagenen in städt. Obhut zu nehmen. Mit dem Reichsbannerlied und dem Deutschlandlied, letzteres mit Musikbegleitung, fand die eindrucksvolle Feier einen würdigen und glänzenden Abschluß.

Nach der Feier traten die Reichsbannerleute mit klingendem Spiele der Musikkapellen den Rückmarsch nach dem herrlich gelegenen und schattigen Museumsgarten an. Es herrschte ein edel kameradschaftliches und fröhliches Leben unter den alten Bäumen des Gartens, bis nach 7 Uhr die auswärtigen Ortsgruppen die Heimreise antraten. Eine Abteilung des gemischten Chores der Liebesfreiheit ließ es sich nicht nehmen, dem im Garten noch anwesenden Kameraden Blos durch Vortrag einiger schöner Lieder ein Ständchen darzubringen. Gen. Blos dankte den Sängerinnen und Sängern herzlich für die

Von den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen

Der Kampf der Bauarbeiter

Wer verteuert die Wohnungswirtschaft?

Die Bauunternehmer haben bekanntlich die Forderungen der Bauarbeiter abgelehnt mit der Begründung, daß diese Forderungen nicht „tragbar“ wären und die Wohnungswirtschaft ungemein verteuerten. Wir haben wiederholt auf die Tatsache hingewiesen, daß die Bauhütte, wie überhaupt die lokalen Baubetriebe diese Forderungen längst durchgeführt haben und trotzdem in der Lage sind, so zu arbeiten, daß sich die preiskapitalistischen Kaufmann über die Unterbietung der Bauhütte beschweren.

Zum Beweis dafür führt der „Vorwärts“ folgendes Beispiel an: Es besteht in Berlin eine Töpferereisgesellschaft, die dem Verband Sozialer Baubetriebe angeschlossen ist. Von der Berliner Zwangsinnung der Töpfer- und Ofenseher und dem Verband der Arbeiter des Töpfer- und Ofensehergewerbes Deutschlands wurde im Vorjahre der Versuch gemacht, die Töpferereisgesellschaft zu zwingen, die von der Innung festgesetzten Preise zu fordern. Als die Töpferereisgesellschaft sich dessen weigerte, erhielt sie am 14. April 1924 ein Schreiben, in dem es hieß:

Auf Grund des Beschlusses der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 24. März, wonach Mitglieder, welche den Mindestlohn der festgesetzten Lohnzuschüsse unterbieten, vor dem Vorstand geladert werden und eventuell mit einer Geldstrafe bis 1000 M bestraft werden sollen, lade ich Sie zu einer Sitzung der Vorstände am Donnerstag, den 17. cr., nachmittags 3 1/2 Uhr, in Sauerlands Festhalle, Neue Friedrichstraße 33, Eingang Raststraße ein.

In der Versammlung wurde von dem Vertreter der Töpferereisgesellschaft allen Erntes verlangt, daß er auf die Löhne einen Zuschlag für Geschäftskosten und Gewinn in Höhe von 80 Proz. zu erheben habe. Als sich die Töpferereisgesellschaft weigerte, dies zu tun, mit der Begründung, daß sie in einzelnen Fällen mit 40 Proz. auskomme, wurde sie aus der Zwangsinnung der Töpfer- und Ofenseher ausgeschlossen.

Das ist nur ein Beispiel unter vielen. Wir behalten uns vor, auf das formale System der Preisinnung näher einzugehen und hineinzusehen in das System der Interessengemeinschaften zwischen Bauunternehmern und Bauhilfsberatern, die weiter nichts sind, als die gemeinsame Ausbeutung der Bauauftraggeber, heute also im wesentlichen der öffentlichen Staat an der Verbesserung ihrer rückständigen Betriebsformen zu arbeiten, ziehen es die Bauunternehmer vor, einander mühselige Gewinne aufzusuchen und die „Begehrtheit“ der Arbeiter verantwortlich zu machen für ihre eigene Gewinnlust. Ihr Kampf gegen die Bauhilfsbewegung ist der beste Beweis für die Unwahrscheinlichkeit ihrer Behauptungen.

Zur Aussperrungsdrohung in der Pforzheimer Industrie

Pforzheim, 14. Juli. (Eig. Bericht.) Die Streiklage hat sich verschärft. Der Arbeitgeberverband erläßt eine Ankündigung, daß jeder Arbeiter, der nicht bis Mittwoch die Arbeit wieder aufnimmt, endgültig entlassen ist. Man kann voraussehen, daß es am Mittwoch zu schwierigen Lagen vor den Fabriken kommen könnte, da ein Teil der Arbeiter arbeitswillig ist. — Weiter wird berichtet: Die Arbeit in der Pforzheimer Schmudwarenindustrie wurde am Montag von etwa 17-20 Prozent der Arbeiterkraft wieder aufgenommen, und zwar hauptsächlich in den mittleren und kleineren Betrieben.

Im Konflikt in der Schmudwaren-Industrie erlassen die vereinigten Gewerkschaften: Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Pforzheim und Umgebung; Christlicher Metallarbeiter-Verband; Gewerbeverein Deutscher Metallarbeiter und Zentralverband der Maschinisten und Heizer folgenden Aufruf:

An die Arbeiterkraft der Schmudwaren-Industrie! Nicht verblüffen lassen! Die gesamte Arbeiterkraft, ob organisiert oder nicht organisiert hat beschlossen, für die alten Hungerlöhne nicht mehr weiter zu arbeiten. Einmütig hat sie die Forderung durch die Unternehmer angenommen und beschlossen, an dem Schiedsgericht mit 72 Pfg. Mindestlohn festzuhalten.

Auf dieses einmütige Standen waren die Unternehmer nicht gefaßt. Sie glauben auch fernere nicht an Gure Einmütigkeit, sondern rechnen auf Guren Umfall. Deshalb wollen sie bekannt geben, daß alle diejenigen entlassen sind, und nicht wieder eingestellt werden, die am Mittwoch, den 15. Juli, oder an einem darauffolgenden Tage die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Fallt auf diesen Kader nicht herein, keiner werde zum Verräter! Galtet an Gurer festgesetzten Parole fest! Die Arbeit wird erst dann wieder aufgenommen, wenn der Schiedspruch mit 72 Pfennig erfüllt ist!

Zug nach Thüringen fernhalten!

Die Thüringer Lederindustrie liegt bereits seit 14 Tagen still, da die Industriellen die Lederarbeiter aussperrt haben. Die Ursache dieses Kampfes ist in der Ablehnung einer Lohn-erhöhung durch die Unternehmer zu suchen. Die Arbeiter fordern 70 bis 72 Pfg. für Hilfsarbeiter und 78 bzw. 80 Pfg. Stundenlohn für Gelehrte. Da die Aussperrten fest zu den Forderungen stehen, die Unternehmer aber nicht noch länger ihre Betriebe stilllegen lassen möchten, sind sie dabei, überall Streikbrecher zu suchen. Jeder, der sich den Bemühungen nicht ganz erlosenen Gewesen. Die ausgesperrten Lederarbeiter Thüringens bitten daher die organisierte Arbeiterkraft, jeden Zug nach Thüringen fernzuhalten, um den Unternehmern nicht zu einem billigen Erfolg über die Aussperrten zu verhelfen.

dargebrachte Ehrung. Unter den flotten Weisen der Rastatter Feuerwehrlaufkompanie blieb ein großer Teil der Rastatter Festteilnehmer noch lange in freudiger Stimmung gemütlich beisammen.

Die Ortsgruppe Rastatt des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold darf stolz sein über den Verlauf des Festes. Man hörte von den auswärtigen Reichsbannerleuten nur allgemeines Lob über die vorzügliche Organisation des ganzen Festes. Möge der Verlauf des Festes den reaktionären und monarchistischen Drabsichtern in Rastatt an den beiden Tagen gezeigt haben, daß es auch in Rastatt Männer gibt, die die republikanische Staatsform zu verteidigen wissen und auch einschließen sind, den finsternen Plänen der Reaktion gegenüber eine feste Wehr zu bieten. Möge das Fest auch den noch lauen und noch etwas saßhaft veranlagten sogenannten „Brenntreueplänen“ ein Ansporn sein, aus ihrer beschleunigten Juridiktions heranzutreten und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Rastatt durch aktive Mitwirkung in seinem Kampfe gegen die reaktionären Widersacher beizustehen.

Aus dem Freistaat Baden

Unfruchtbare Arbeit der Kommunisten im Landtag

Sie rebeten und rebeten wieder am Freitag, die Kommunisten B o d und R i t t e r, zusammen nur 2 Stunden, und haben doch nichts Positives geschaffen. Und das ist es, was man der organisierten Arbeiterkraft immer wieder sagen muß.

B o d wollte wissen, wie die kommende Amnestie des Reiches ausseht, R i t t e r hatte eine förmliche Anfrage wegen angeblich unbeschreiblicher Mißstände in der Trennstation des Zuchthaus Bruchsal eingereicht. Gemiß Fragen, über die sich reden läßt, wobei man dann aber auch h a n d e l n muß. Aber B o d redete über eine Stunde und R i t t e r über seine Anfrage eine halbe Stunde und mehr in einem jo maßlosen, abstoßenden Ton, daß alle Parteien sich sagten: Und diesen Abgeordneten auch noch die Ansprache ermöglichen. Das kann uns niemand zumuten.

B o d beschwert sich nun in der Samstagnummer der „Arbeiterzeitung“, daß auch die Sozialdemokratie am Freitag die Ansprache der kommunistischen förmlichen Anfragen nicht ermöglicht hatte. Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung müssen 7 Mitglieder des Landtags sich für die Vornahme der Ansprache erklären. Die Kommunisten haben nur 4 Sitze, ein Mitglied ihrer Fraktion war als krank gemeldet, die übrigen drei reichten zum Beschluß über die Verberführung der Ansprache nicht aus. Die Sozialdemokratie sah aber gar keine Veranlassung, sich vor den Agitationsparren der Kommunisten spannen zu lassen. Wenn sie in den zur Behandlung gestandenen Fragen der Reichsanstaltie und der Trennstation des Bruchsaler Zuchthaus ein Urteil des Landtags hören will, dann bringt sie selbst förmliche Anfragen ein; sie braucht nicht auf die Kommunisten zu warten und will das auch nicht.

Der selbe B o d jedoch, der die Unterstützung der Sozialdemokratie braucht, und mehr noch sein radikaler Kollege R i t t e r aus Mannheim, greifen fast in jeder Sitzung

des Landtags die sozialdemokratische Fraktion in der wüßtesten und unerhörtesten Weise an, die Bod und Ritter wissen dabei sehr genau, daß sie die Sozialdemokratie bei förmlichen Anfragen notwendig haben. Trotzdem der tägliche häßliche Kampf gegen sie. Und da soll unsere Partei ihnen die parlamentarischen Steigbügel halten und das unmüßige Verhalten dieser lächerlichen Politiker indirekt noch unterstützen?! Das fehlt gerade noch!

Den Leuten muß bewiesen werden, daß sie nichts für die Arbeiterklasse tun können, daß sie dazu unfähig sind, weil sie es nicht verstehen, Beschlüsse des Landtags herbeizuführen, nach denen sich die Regierung richten muß. Insofern ist die kommunistische Tätigkeit im Landtag für die Sache der Arbeiter, der organisierten proletarischen Bewegung nutzlos und meistens oft sogar noch schädlich. Wenn sie ihr kommunistisches Sprüchlein hergeschleppt haben, können sie wieder abtreten, die Arbeitergesprächler von Moskaus Gnaden!

Das stets und läufig feststellen zu müssen, ist nicht angenehm, aber den Bod und Genossen ist es im badischen Landtage nun einmal nicht um die Förderung der Arbeiterinteressen zu tun. Deswegen laufen ihnen auch — siehe wieder den Ausgang der Vertreterwahl im Metallarbeiterverband — die Arbeiter in Scharen davon. M o s k a u hat seine Rolle ausgespielt; die praktische Vernunft führt die übergroße Mehrheit der Arbeiterkraft zur Sozialdemokratie, wie das vor dem Kriege auch der Fall war.

Kleine badische Chronik

d. Jöhlingen. Unglücksfall mit Todesfolge. Am Samstag nachmittag geriet das 13jährige Kind des Arbeiters Willi Kankelmann unter das von Feld heimkehrende Fuhrwerk des Gemeinderat Karl Schell. Durch Nichtangehen oder Versagen der Bremse konnte das Pferd auf der steilen Straße die starke Kurve nicht erreichen und kam infolge dessen auf den Fußweg, worauf sich das Kind mit noch drei anderen Kindern beim Spielen befand. Das Kind wurde so unglücklich vom Wagen an einen Bordstein gedrückt, daß der Tod alsbald eintrat. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Aus der Stadt Durlach

f. Uffal. Montag abend verunglückte ein 13jähriger Volksschüler hier dadurch, daß er mit seinem Rade von der Schloßstraße in die Hauptstraße einbiegend in ein im schiefen Tempo fahrendes Auto hineinfuhr. Der Knabe erlitt einen Knochenbruch, das Rad wurde völlig vernichtet.

Podenerkrankung in Durlach-Aue

Von zehnjähriger Seite berichtet man uns: In Durlach-Aue ist am Sonntag ein Podenfall festgesetzt worden. Die erkrankte Frau hat in Neß der Verberigung eines an Poden Verstorbenen beigeohnt, und hatte sich, da sie trotz Warnung und Aufforderung die notwendigen Vorichtsmaßnahmen nicht einhielt, angefaßt. Es handelt sich hier also nur um einen Einzelfall durch direkte Ansteckung. Weitere Fälle sind nicht bekannt. Es sind alle notwendigen Vorichtsmaßnahmen getroffen, so daß weitere Ansteckungen nicht zu befürchten sind. Anlaß zu Beunruhigung ist demnach nicht gegeben.

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Mesz

(Fortsetzung)

Nachdruck verboten.

XVII.

Su, wie schneidend kalt war es! Pelle befand sich auf dem Wege zur Schule, er warf sich im Fuchelstrub dem Sturm entgegen. Bei dem großen Dornbusch stand Rud und wartete; er schloß sich ihm an, und sie liefen nebeneinander wie zwei ermattete Gänse, schnaubend und mit gesenkten Köpfen. Der Krager der Jade war über die Ohren hinaufgezogen und die Hände schlüpfen unter den Hosenbund hinein, um Anteil an der Körperwärme zu haben; Pelles Sackärmel waren zu kurz; seine Handgelenke waren violett vor Kälte.

Sie saßen nicht viel, sondern liefen nur; der Sturm schauerte ihnen sofort die Worte vom Munde weg und stopfte ihn mit Dagei, es war nicht möglich, Luft genug zum Atmen zu schöpfen oder ein Auge auszumachen. Jeden Augenblick mußten sie stehen bleiben und den Rücken gegen das Wetter stemmen, während sie die Lungen füllten und warmen Atem über das gefüllte Gesicht hin bliesen. Das Schlimmste war der Nebel, der man so recht gegen den Wind anließ und wieder in Trübsamkeit.

Die drei Viertelmeilen nahmen ein Ende, und die Knauben bog in das Fischerdorf ein. Hier unten am Strande war es beinahe geschützt, das empörte Meer brach den Wind. Es war nicht viel von der See zu sehen; das, was hier und da aus den Bänken herorgabte, kam wie eine wandernde Rauher und stürzte brüllend zusammen in weisäurigen Strudel. Der Wind riß die Kämme der Wellen in wütendem Rütteln ab und führte felsigen Regen über das Land.

Der Lehrer war nicht gekommen. Oben neben dem Pult stand Nien, er war damit beschäftigt, es mit einem Nachschlüssel zu öffnen, um einer Peitsche habhaft zu werden, die Fris in der Stunde beschlagnahmt hatte. „Hier ist dein Messer!“ rief er und warf Pelle ein Dolchmesser hinüber, das dieser schnell einsteckte. Einige Bauernjungen schüttelten Kohlen in den Ofen, der schon im Voraus überhitzt war, an den Fenstern sah eine Schar Mädchen, sie überhörten einander Gefangener. Draußen brauste das Meer unaufhörlich ans Ufer und brach zusammen; wenn sein Dröhnen einen Augenblick laut, flogen wilde Knabenstimmen auf. Alle Jungen aus dem ganzen Dorf liefen da draußen am Strande, sie sprangen in die Brandung und wieder heraus, obwohl sie einseh als wolle sie sie erschellen, und zogen Treibholz an Land.

Pelle war kaum aufgetaut, als Nien ihn mit hinaustries. Die meisten von den Jungen waren flüchtig, aber sie lachten und dampften vor Eifer. Einer von ihnen hatte das Namenbrett eines Schiffes geborgen — „Die Einfall!“ stand da. Sie bildeten einen Kreis darum und ergäßen sich in schlaafertigen Ton über die Art und Heimat des Schiffes. „Denn ist das Schiff also untergegangen?“ fragte Pelle ernsthaft. Die anderen antworteten nicht, es war zu selbstverständlich.

„Ja,“ sagte ein Knabe zögernd, „das Namenbrett kam ja auch von den Wellen abgerissen sein; es ist ja nur feste denagenet gemein.“ Sie untersuchten es nachmal sorgfältig — Pelle konnte nichts Besonderes daran entdecken. „Ich glaub' nu eigentlich, die Mannschafft hat es abgerissen und es in die See geworfen — der eine Nagel ist ausgegangen,“ sagte Nien und nickte geheimnisvoll.

„Warum sollten sie das wohl tun?“ fragte Pelle ungläubig. „Weil sie den Kapitän tötschlagen und selbst das Kommando übernommen haben, du Kna! Dann taufen sie ganz einfach die Schute um und fesseln als Seeräuber.“ Die anderen Jungen bestaunten das mit Augen, die von Abenteuerlust funkelten — der Vater von diesem hatte es erzählt, und der Vater von jenem war sogar mit dabei gewesen. Er hatte ja natürlich nicht gewollt, aber da wurde er ganz einfach an den Mast gebunden, als die Meuterei losging.

An einem Tag wie heute war Pelle der Kleine nach jeder Richtung hin. Das Toben des Meeres bebrütete ihn und machte ihn unsicher; aber die anderen waren so recht in ihrem Fett. Sie bemächtigte sich der ganzen Unheimlichkeit des Meeres und ließen sie übertrieben in ihren Vorstellungen wiederkehren, alle Schrecken der See häuften sie spielend am Strande zusammen: Schiffe, die mit Mann und Maus untergingen oder an den Felsklippen strandeten, angetriebene Leichen lagen in der Brandung und rollten hin und her, erkrankte Männer in Seestiefeln und Schwelger kamen um Mitternacht aus der See gestiegen und stampfen mitten in die kleinen Stuben im Dorf hinein, um ihren Heimgang anzulassen. Sie verweilten bei alledem mit einem Ernst, der von innerer Freude strahlte — als fängen sie Lobesworte an Ehren des Gewaltigen. Aber Pelle stand außerhalb des Ganges und kam sich feige vor bei ihren Erzählungen. Er hielt sich hinter den anderen und wünschte, er könne den großen Stier hier herunterziehen und ihn zwischen sie lassen. Dann sollten sie schuschend zu ihm fliehen!

Die Jungen hatten Aultra von ihren Eltern, auf acht auf sich zu geben — die alte Schifferwitwe Marida hatte drei Nächte hintereinander die See mit kurzem Wellen eine Leiche tödsen hören. Auch davon sprachen sie, und darüber, wann sich die Fischer wohl wieder hinauswagen würden, während sie am Strande unversprungen. „Eine Flasche! Eine Flasche!“ rief plötzlich einer von ihnen und fuhr hart am Wasser entlang, er hatte ganz deutlich eine Flasche aus der Brandung da hinten aufschwimmen und wieder verschwinden sehen. Die ganze Schar stand lange da und starrte gespannt in den Schaumstrudel. Nien und noch einer hatten die Taten abgeantwortet, um bereit zu sein, hinaussupringen, sobald sie sich wieder zeigte.

Die Flasche kam nicht wieder zum Vorschein, aber die Phantasie war in Fluß geraten, jeder Junge hatte seine eigenen felerlichen Kenntnisse von der Sache. Zeit zur Zeit der Aquinostafelung ging wohl manch eine Flasche über die Schiffswand mit einem leichten Gruß an die an Land. Strenge angenommen lernte man ja nur deswegen schreiben — um seinen Zettel schreiben zu können, wenn die Stunde kam. Dann ging die Flasche vielleicht in den Magen eines Vati-

fisches, vielleicht wurde sie von dummen Bauern aufgepickt, die sie ihrer Frau mitbrachten, damit sie Getränke darauf abgarp — das war ein wohlgeleiteter Diebe auf Pelle. Aber es kam auch wohl vor, daß sie gerade da an Land trieb, wovon sie bestimmt war; und im übrigen war es die Sache des Finders, sie bei der nächsten Obrikeit abzuliefern, wenn er nicht seine rechte Hand einbüßen wollte.

Dort am Hafen gingen die Wellen über die Mole, die Fischer hatten ihre Boote auf das Ufer hinaufgezogen. Sie hatten keine Ruhe in der warmen Stube, die See und das böse Wetter bannten sie an den Strand, Tag und Nacht. Sie standen im Schutz der Boote, ähnten kräftig und starrten auf die Tiefe hinaus, wo von Zeit zu Zeit ein Segler vorüberflog wie ein vom Sturm verschlagener Vogel.

„Kommt herein, kommt herein!“ riefen die Mädchen von der Tür des Schulhauses her, die Jungen schlenderten langsam hinauf. Fris ging vor dem Pult auf und nieder, er rauchte seine Pfeife mit dem Blide des Königs, der „Reichsanzeiger“ aucte ihm aus der Tasche. „Zu Platz! Zu Platz!“ rief er und schlug mit dem Rohrstock auf das Pult.

„Es da was Neues?“ fragte ein Junge, als sie zu Platz gekommen waren — es geschah wohl, daß Fris ihnen die Schiffsnachrichten laut vorlas. „Das weiß ich nicht!“ antwortete Fris mürrisch. „Ihr könnt die Tafeln und Rechenbücher herausholen.“ „Ah, wir soll'n rechnen! Ah, das is fein!“ Die ganze Klasse freute sich sichtbar, während sie die Sachen herausholten.

Fris teilte nicht die Freude der Kinder an dem Rechnen — seine Begabung war rein historischer Art, wie er zu sagen pflegte. Aber er kam ihrem Verlangen entgegen, weil jahrelange Erfahrung ihm sagte, daß an einem Unwettertag wie heute leicht die Hölle los sein könnte: das Wetter hatte einen eigentümlichen Einfluß auf Kinder. — Er selbst verstand sich nur auf Chr. Hansens 1. Teil, aber da waren ein paar Bauernjungen, die sich auf eigene Hand bis in den 3. Teil hineingearbeitet hatten, die halfen den anderen.

Die Kinder waren ganz von der Arbeit in Anspruch genommen und lagen ihr mit Eifer ob, ihre langen, regelmäßigen Atemzüge stiegen und fielen im Schulzimmer als tiefe Ruhe, es war ein fleißiges Wandern zu den beiden Rechenmeißeln. Nur von Zeit zu Zeit ward der Fleiß von einem kleinen Gaunerstreich unterbrochen, der als Erinnerung dieser oder jenen überkam, aber sie beruhigten sich bald wieder.

Ganz unten in der Klasse ertönte ein Schluchzen, deutlicher und deutlicher; Fris legte ungeduldig die Zeitung nieder. „Peter weint,“ sagten die Junghilffenden. „So — o!“ Fris guckte weit über die Brille hinweg. „Was gibts denn da?“

„Er saut, er weint nich' mehr, wieviel zweimal zwei is!“ Fris stieß Luft durch die Nase aus und griff nach dem Rohrstock, begann sich jedoch. „Zweimal zwei is fünf!“ sagte er ruhig. Dann lachten sie ein wenig über Peter und arbeiteten weiter.

Langsam herrschte ausschließlich Fleiß, da erhob sich Nien, Fris sah es, Fris aber fort zu lesen. „Was is leichter, ein Pfund Seiden oder ein Pfund Blei?“ Das steht nich' hinten in den Aufstellungen.“ Fris' Hände sätterten, während er die Zeitung vor sich hielt, um irgend etwas Wichtiges darin lesen zu können. Die kleinen Teufel machten sich seine Mittelmaßigkeit im Rechnen beständig zunutze, aber er wollte sich nicht mit ihnen einlassen. Nien wiederholte seine Frage unter dem Geächel der anderen, aber Fris überhörte es — er war so in seine Lektüre vertieft. Dann schloß die Sache vorn selbst ein.

(Fortsetzung folgt.)

Kindermann

Von Prof. Dr. A. Meffer (Gießen)

Vor ein paar Jahren — es moß 1921 oder 1922 gewesen sein — sprach mich einmal in der Nähe des Giesener Bahnhofes ein junger Mann an und fragte mich, ob ich vielleicht Professor A. Meffer sei. Ich bejahte. „Woher kennen Sie mich denn?“ — „Nun, ich habe mich gedacht, Sie könnten es vielleicht sein, und Sie gerade wollte ich besuchen.“

So lernte ich Kindermann kennen. Das Ganze war charakteristisch für seine Art und sein natürliches Vertrauen auf glückliche Zufälle. Und es war in der Tat ein höchst seltsamer Zufall! Weder mich, noch ein Bild von mir hatte er je gesehen. Er war auf der Reise von seiner Heimatstadt Durlach nach Berlin (wo er studierte) in Gießen ausgeflogen. Er hatte einiges von mir gelesen, und er wollte ein paar Fragen mit mir besprechen. Er wußte weder, wo ich wohnte, noch ob er mich treffen und sprechen inne. Und nun läuft er mir schon am Bahnhof in die Arme. Dabei komme ich in diesen Stadtteil höchst selten.

Technisch improvisiert und ähnlich von glücklichen Zufällen begünstigt war seine Nordlandfahrt. Zufällig hört er in letzter Stunde, daß Gelsenbeil da sei, im Interesse der Studentenhilfe eine Reise nach Dänemark und Norwegen zu machen. In irgend einer Sakenstadt sieht er einen zur Abfahrt nach Norden bereiten Dampfer. Kurzerhand meldet er sich beim Kapitän zur Mitfahrt und wird als Schiffsfeldner angenommen. In Spiborsten trifft er zufällig wieder einen deutschen Arzt, der ihn mit seiner Familie 14 Tage lang aufs freundlichste aufnimmt.

Diese so glückliche abgelaufene Nordlandfahrt hat, sicher stark mit dazu beigetragen, in ihm den Entschluß wachzurufen, nach dem Osten zu reisen; er wollte nach Rußland und weiterhin nach China geben.

Was trieb ihn vor allem? Nun, am mächtigsten die dem deutschen Jüngling so vielfach eigene Sehnsucht nach dem Fernen, Fremden, „Gans-anderen“. Verweilt damit ein aut Stint Abenteuerlust.

Aber derartiges wirkte mehr im Unbewussten. Was er bewußt wollte, das war die Ferkellung von Beziehungen zwischen deutschen und russischen Studenten in der Bereicherung seiner Kenntnisse von Ländern und Völkern; er hatte sich auch schon auf der Hochschule mit Geographie beschäftigt, und er hatte im Frühjahr 1924 sein Studium mit dem Doktorexamen vorläufig abgeschlossen.

Auch der phantastische Gedanke, in Sibirien gewisse geographische Entdeckungen zu machen, schwebte ihm vor. Das

war natürlich eine ganz vage Hoffnung; denn er besaß ja keinerlei Mittel, eine Expedition auszurüsten, aber — ein solcher Phantast und Optimist ist eben Kindermann. „Es wird schon glücken!“

Aber wie mancherlei halbbewußte oder bewußte Motive ihn auch nach dem Osten getrieben haben: eines war sicher nicht dabei — irgend eine politische Absicht oder gar ein Attentatsplan!

Kindermann und — ein Attentat! Kindermann, dieser lang aufgesehene, arme, weidmütige, fürsichtige Mensch, sollte solch finstere Pläne gehabt haben! Wer ihn nur flüchtig kennengelernt hat, wird lachen über einen solchen Gedanken. Man versteht es gut, wenn er im Bewußtsein seiner Anschul solche Ankage als „irrationia“ bezeichnet hat.

Ich aber spreche nicht nur aus flüchtiger Bekanntschaft. Nach jenem ersten Kennenlernen ist er auf der Durchreise noch öfter mein Gast gewesen, und es war mir immer ein Genuß, mit dem geistig so anregenden, vielseitig interessierten jungen Mann zu plaudern. Dabei lernte ich ihn doch einigermaßen genau kennen, und ich kann versichern: politisches Interesse liegt ihm überhaupt fern; er ist nicht „Kommunist“ — lebhaftig zur Erleichterung seiner Einreise war ihm ein Ausweis als Mitglied der kommunistischen Partei beschafft worden — noch weit weniger aber ist er Mitglied der Organisation „Conful“ oder einer anderen „rechts-gerichteten Organisation“ gewesen. Sein starkes soziales Empfinden hätte ihn, wenn er überhaupt unter politischen Parteien hätte wählen müssen, sicher nach links geführt.

Er ist eine jeder Gemaltätigkeit abholde, aber zu jedem Viehesdienst stets bereite Natur. So weiß ich z. B. wie er ansehnlich bemüht war, für einen seiner Berliner Schulführer, einen nichtbeamteten Dozenten, der in der Inflationszeit in Not war, wo er nur konnte, Lebensmittel und sonstige Hilfe aufzutreiben — obwohl er selbst Unterstützung auch hätte brauchen können. Daß man einen solchen Menschen zum politischen Verschwörer und Mordgejellen stempelt, ist wahrlich das Groteskeste, was ihm widerfahren konnte. (Frankf. Zig.)

Kunst und Wissenschaft

Badischer Kunstverein

Von Frankfurter Plastikern bekommt man im Kunstverein eine kleine Ausstellung zu sehen. Was schon einmal an dieser Stelle gesagt wurde, bestätigt diese Ausstellung: daß unsere Plastik immer klarer ihre Ziele erkennt und einem neuen Formideal nahe ist, das sich von den kleinlichen, ablenkenden und oft entstellenden süßen Zutaten befreien konnte. Bei den meisten der ausgestellten Werke offenbart sich gesundes Formgefühl, ein ehrliches Hingeben an die Natur. Der Plastiker hat als Formbezwinger nicht nötig, sich in jene Räume einzulassen, in die das gegenwärtige Materialrechtlich überwinden; noch nicht ganz vergessen ist der Naturalismus, der sich in den karrierten Werken Lorentz und Kellers noch ganz lebhaft bemerkbar macht. Es sind Tierstüde da, denen man anmerkt, daß sie direkt aus der Natur geholt sind. Alle Arbeiten sind von besonderer Güte, auch die Porträt-Plastiken haben einen gewissen Stilleindruck. Man begegnet darunter nicht nur interessanten Arbeiten, sondern auch interessanten Köpfen. Holz, Gips, Stein, Marmor und Bronze dient als Material. In der Behrens'schen Plastikgruppe steht viel Leben, sie ist trotz der weichen, klar herausgearbeiteten Linien voller Kraft. An der besonderen Art, mit der Behrens manchmal auf seinen Zeichnungen eine Unruhe schiebt, kann man seine Freude haben. Von Behrens stammt auch das subtile, feinaliedrig ausgeführte Plakat. — Im kleinen Saal häuften eine kleine Kollektion von Wedmüller. In den Arbeiten wird Wert auf eine intensive Ausdrucksfähigkeit gelegt. Sie sind tollkühn lebendig, manche Ausschnitte sind so lebhaft in der Farbe, daß sie an Neu-Plastiker erinnern. Stierle's Stuttgart hat seine Bodenbilder fast alle auf einen lichtgärtigen Ton gestimmt, den festzuhalten nicht jedem Maler gelingt. Man darf manch seine Tonkombination bei diesen Bildern nicht übersehen. Der Teil, der sich durch die forschendsten flüchtigen Sicherheit seiner Strichführung, Es sind Arbeiten aus dem Kapitel Sturm und Drang-Charakter. Erkennlich ist die Vielseitigkeit Cominars-Tübingen, der sicher und klar seine Linien führt. Unter seinen Radierungen sind prächtige Blätter. Mit einfachen Mitteln wird ein starker Stimmungseindruck erzielt. Die Arbeiten haben keine Konturen, sie erinnern an des Konstanzer Romers „Reichenauer Pappelana“, der eine fein empfundene lebendige Auffassung zeigt und jene Harmonie in sich trägt, wie die oben angeführten Arbeiten Stierles. D. S.

Bücherschau

Sämtliche hier verzeichneten Bücher sind durch die Volksbuchhandlung, Adlerstraße 48, Karlsruhe, zu beziehen.

Hanna Siemjen: Literarische Streifzüge durch die Entwicklung der europäischen Gesellschaft. Tübingen: Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena 1925, 285 Seiten. Preis 6 M.

Die Eigenart dieses Wertes ist bereits im Titel angedeutet. Diese literarischen Streifzüge sind zugleich Streifzüge durch die soziale und politische Entwicklung Europas. Die Literatur und die Persönlichkeiten werden in enger Wechselwirkung gesehen mit ihrer gesellschaftlichen Umgebung und in ihrem Verhältnis zu ihrer Zeit. Dabei ist diese Anwendung des historischen Materialismus keineswegs schematisch. Die Dichterpersönlichkeiten werden nicht mit ihrer Einflüßung in ihre künstlerische und persönliche Prägung. Dieses Buch trägt dabei bewußt einen persönlichen und politischen Charakter. Das betrifft die Auswahl der behandelten Dichter und die Linienführung der Entwicklung. Hier spricht eine literarisch fachlich gebildete Bäuerin zu den breitesten Schichten des Volkes. Aus der Literatur der verschiedenen Länder erkennen wir die Gesamtentwicklung Europas und ihre Sonderfälle, besonders die Tragik der deutschen politischen Entwicklung. Die Verfasserin will keine systematische Literaturgeschichte geben. Sie will hinweisen auf Dichter, ihr Werk und ihr Leben, die uns heute als Kämpfer und Träger einer werdenden Kultur noch etwas bedeuten. Diese sozialen Porträts von Künstlern aller führenden Nationen Europas sollen reisen, sich mit den Werken zu befassen ihrer Künstler, die dem Wesen des Lesers gestesverwand sind. So wird dieses Buch zugleich ein Ratgeber für die Jugend am Studium der schönen Literatur. Hierin liegt nicht zuletzt die Bedeutung dieses ersten Versuches auf dem Gebiet einer Sagenammlung, die bei aller persönlichen Einstellung der Autorin doch die Entwicklung vom frühen Mittelalter bis zu den jüngsten Revolutionären spiegelt und bei aller ansehnlichen Zusammenfassung doch ihren Sinn erhält durch das politische und geistig künstlerische Interesse des heutigen Proletariats.

Arbeiter-Jugend Arbeiter-Sport

„Frei Heil“, Genosse!

Ich bin in Konstanz, gehe durch enge Straßen, um für die Reise nach Mannheim noch etwas einzukaufen. Achte nicht auf die Leute, die an mir vorbeigehen, sondern schaue mich nach einem Bäckerladen um. Flüchtig sehe ich, wie zwei junge Wanderer an mir vorbeigehen. Auf einmal ist der eine neben mir, schaut auf meine Tüte, streckt mir die Hand entgegen und grüßt mit „Frei Heil Genosse!“ — Ich schaue auf seinen Rüssel und entdecke das Abzeichen für den Reichsjugendtag in Hamburg. Er hatte das meine erst im Vorübergehen gesehen, lehrte um und richtig — es war das Hamburg-Abzeichen, das ich trug.

„Bist du Konstanzer?“ war seine Rede.

„Nein, Mannheimer! Und aus welcher Stadt kommst du?“

— Seine Sprache hatte ihn schon verraten.

„Aus Dresden.“

„Na — was tust du denn hier oben?“

„Wir sind auf Wanderschaft, schon ein paar Wochen, und wollen jetzt nach Hamburg.“

Nach ein paar Worte gewechselt, ein Händedruck, und wir gingen, jeder seinen eigenen Weg. Acht Tage später erhalte ich im Bureau einen Brief mit dem sich die beiden Dresdener Genossen für unseren Sonderzug nach Hamburg anmelden. Soeben ist auf meinen Beiseid das Geld für die Einfahrt eingetroffen. Zwei laubere Kerle — diese Dresdener, „Wanderburgen“ im schönsten Sinne des Wortes.

Ich gehe in die Hauptpost in Mannheim und schreibe eine Postanweisung. Neben mir stehen auf einmal zwei Genossen, barfuß in Sandalen, laubere Kerle — sauber gewaschen und rasier.

„Frei Heil, Genosse!“

„Frei Heil!“

„Bist du Mannheimer?“

„Ja — Importierter! Wo kommt ihr denn her?“

„Aus Breslau.“

„Also aus der schlesischen Rante. Wir haben auch einen Genossen aus der Götlicher Gegend hier im Parisebureau.“

„Da kennen wir keinen.“

„Wo wollt ihr denn hin?“

„Jetzt nach Wiesbaden, und da will ich einige Zeit arbeiten und dann nach Hamburg.“

„Und hier dein Freund?“

„Der wird wohl keine Arbeit finden, der ist Goldschmied, in dem Gewerbe ist nichts zu tun. Wir helfen uns gegenseitig.“

„Wo ist die „Volksstimme“?“

„In R. 3, 14.“

„Da muß ich einmal durch den Betrieb gehen und meinen Kollegen den Wanderzug bieten.“

„Recht so.“

„Doch vorher sag' uns doch, wo steht das Ludwig Frank-Denkmal, wie kommen wir dahin? Wir haben gehört, daß das Denkmal von nationalsozialistischen Jünglingen beschmüst wurde.“

„Ja, das stimmt, aber es ist schon wieder laub.“

„Die Bande.“ war der Ausdruck ihrer Empörung über die verkehrten Schmierfinken. Mit „Frei Heil“ und „Auf Wiedersehen in Hamburg“ gingen wir auseinander.

Auch das waren zwei Genossen, von denen man ohne weiteres den Eindruck hatte, sie hatten den Gefahren und Versuchungen der Sonderzüge keine Angst. Zwei Genossen aus unserem Bezirk von Singen sind schon durch Baden gekommen, sprachen bei mir vor. Auch sie machten den besten Eindruck — schon äußerlich — sauber gehalten, fröhlicher Stimmung, und nicht um zu letzten sonen sie durchs Land. Der Reichsjugendtag hat so manchen auf die Beine gebracht und zum Wanderburgen gemacht. Charakterfeste Burgen kann man jetzt auf der Landstraße antreffen.

Doch auch andere ziehen daher. Drei Tage unterwegs, klopfen sie an mit Mittelschichtern und Absichten von K-Organisationen. Ihre Rede ist: „Wir haben kein Geld mehr, wir können nicht in die Jugendberberge, weil wir keinen Ausweis haben. Gibt es nicht Genossen, wo wir übernachten können. Dann kommst du uns doch auch eine Unterstützung geben?“

— Diesen Genossen sage ich nur: „Nein — das kann ich nicht! Parteigenossen sind nicht dazu da, um euch Schlafstellen zu geben und euch zu ernähren für eure unbegrenzte Wanderzeit, und wenn ihr nicht in Jugendberbergen könnt, so ist es eure Schuld.“ Jeder Arbeiterjugendbündler weiß, daß, wenn er auf Wanderschaft geht, mindestens alle seine Papiere in Ordnung sein müssen. Zu den Papiere gehört in erster Linie die Mitgliedskarte des Verbandes Deutscher Jugendberbergen.

Aber es sind selber auf viel Burgen da, die nicht den Ehrgeiz haben, auf vornehmliche Art sich durchzuschlagen, sondern sich einfach auf die Güte der anderen Menschen verlassen und die Innerlichkeit haben, daß diese schon für ihr selbstliches Wohl sorgen werden. Die zuletzt genannten Wanderburgen sind leider reichlich vertreten und eine sehr unangenehme Erscheinung, die dem wandernden Genossen, der gewiß ist, sich ordentlich, auf seine eigene Kraft gestützt, durchzubringen, das Leben sehr erschweren.

Im Bureau gehen täglich jetzt die Anmeldungen der Ortsvereine und Briefe mit ach so vielen Fragen ein. Fragen — man weiß nicht, wie einzelne nur auf diese gekommen sein mögen. Aber dieser reze Postwert ist das beste Spielgeld für die eifrige Arbeit, die im ganzen Bezirk für Hamburg geleistet wird. Kleine Ortsvereine haben Hamburg-Fahrer angemeldet in einer Zahl, die wirklich überreichen kann. Auch die mittleren und großen Ortsvereine können sich mit den angemeldeten Besuchern des Reichsjugendtages durchaus sehen lassen, und man darf heute wohl annehmen, daß mindestens 200 Arbeiterjugendgenossen und -genossen den badischen Bezirk in Hamburg vertreten werden. Für die große Entfernung Hamburgs ist dies sicher eine stattliche Zahl, und wenn unsere Sammlungen, die augenblicklich von den Mitgliedschaften der SPD. Baden durchgeführt werden, einen guten Erfolg bringen, so ist die Möglichkeit gegeben, daß vielleicht noch die Teilnehmerzahl um 15—20 Prozent steigt. Es hat sich also gezeigt, daß der ganze Aufwand an Kraft und Geld, den der Bezirksverband Baden für die Organisation des Besuchs des Reichsjugendtages aufgebracht hat, sich lohnt.

In einem späteren Artikel werden wir noch auf das Programm des Jugendtages eingehen, und nach dem Reichsjugendtag werden wir berichten von dem großen Erlebnis, welches Hamburg unbeschadet für uns werden muß, und wir hoffen, daß die so starke Teilnahme am Reichsjugendtag im allerbesten Sinne für unseren Bezirksverband sich auswirken wird.

Frei Heil!

Walter D. J. e. d. u. Mannheim.

Olympiade und Reichswehr

Man schreibt der „Arbeiter-Turn-Zeitung“: Laut Tagesbefehl ist die 1. Arbeiter-Olympiade für politisch erklärt. Sämtliche Angehörige des Heeres und der Marine ist die Teilnahme verboten.

Die „Arbeiter-Turn-Zeitung“ bemerkt hierzu: Die Reichswehrleitung ist unseres Wissens immer noch nicht versucht hat, sich zu einer politischen Beurteilung der Sportbewegung in der deutschen Republik aufzufingeln. 1923 ging in München ein großer baltentums-nationalistischer deutscher Turnerkreis vor sich. Keine Vollstreckung hat sich die Reichswehr zum Schutze der Republik erlaubt. Da die Arbeiterportbewegung Anhänger der republikanischen Staatsform ist und die deutsche Gestaltung als Etappe zur sozialistischen Republik betrachtet, so kann ein Reichswehrangehöriger durch Kenntnisnahme des Arbeiterports in seiner notwendigen Einstellung zur republikanischen Staatsform nur gestärkt werden.

Demgegenüber ist folgende Meldung aus Braas eine Ohrfeige für die deutsche Reichswehrleitung.

Das Ministerium für nationale Verteidigung hat den Soldaten, die Mitglieder eines Arbeiter-Turnvereins sind, die Teilnahme an der Frankfurter Arbeiter-Olympiade gestattet. Die Teilnehmer sollen zu diesem Zweck einen zehntägigen Urlaub erhalten. Wie wir erfahren, beabsichtigen zahlreiche Angehörige der Armee, die gleichzeitig Mitglieder der tschechischen sozialdemokratischen und der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter-Turnvereine sind, von der Erlaubnis des Wehrministeriums Gebrauch zu machen.

Deutschland hat sich also wieder einmal blamiert. Das Wandern über die Leitung der deutschen republikanischen Reichswehr haben wir uns schon längst abgewöhnt. Sie kann sich nun über die Toleranz des tschechischen Ministeriums für nationale Verteidigung munden.

Sonderzug zur Olympiade

Es ist bekannt, bei anstehender Verteilung von R. 3. 14. u. h. e. aus einen Sonderzug am Sonntag, 26. Juli, nach Frankfurt zu führen. Der Fahrpreis würde insgesamt nur 6.40 M. pro Person betragen.

Anmeldungen haben bis längstens Samstag, 18. Juli zu erfolgen. Einzelnanmeldungen liegen auf in der G. m. b. H. u. h. e. sowie in der Volksbuchhandlung a. Adlerstraße 43 und bei Spörger, K. K. K., Lechnerstraße 8. Da der Sonderzug am gleichen Tag wieder zurückfährt, so ist für Jedermann Gelegenheit geboten, zu einem billigen Fahrpreis die Olympiade besuchen zu können. Soffentlich machen recht viele Gebrauch davon. Jedermann ist herzlich eingeladen.

Wo keine Balken sind

Es ist erfreulich, konstatieren zu können, daß durch den Schwimmunterricht der Schule die Jugend zu viel selbständigerem Auftreten angeleitet wird. Wenn man sich in einem Flussbad aufhält und ausbeht kann, wie die Jugend gleich serienweise Kopfstränge ins Wasser macht und dabei noch Hindernisse sucht und überbringt, so muß man anerkennend des Unterrichts gedenken, der solche Erfolge zeitigt. Einer großen Anzahl heranwachsender Menschen werden nicht nur die Gefahren des Badens im Freien nichts anhaben können, die herangezogenen Schwimmer werden auch in der Lage sein, weniger Geschickten im Augenblick der Not beizubringen zu können. Immerhin kann es auch Zufälligkeiten geben, die einen Schwimmer in Not bringen, weshalb es gut ist, gegen diese Zufälligkeiten angemessen zu sein. Ein Schwimmsport für Schwimmer ist der Krampf, wenn auch für den richtigen Schwimmer dieses Gefahrstadium keine Schreden verloren hat.

Für alle Arten Arms, Beins, Fingerg, Waagen, Kehlkrampf für das Verwunden in Schlinggewässern gibt es Abwehrmaßnahmen, mit denen sich jeder Schwimmer vertraut machen sollte. Die meisten Fälle, in denen ein Schwimmer in Gefahr kommt, werden sich nach vorhergehenden Überanstrengungen einstellen. Nach langem Schwimmen im kalten Wasser wird die Körpertemperatur zum Teil aufgebraucht und eine plötzliche Mattigkeit wird sich einstellen. Sobald man dies bemerkt, soll man die Körpertemperatur wieder aufzurichten durch das benährte Rückenbadeln mit Weinsalze. Führt man Ermüdung in den Armen, so wird zum Ausruhen die Rückenlage bevorzugt, wobei man die Arme anlegt und nur mit den Beinen schwimmt, ebenfalls bei Ermüdung in den Beinen bewegt man sich durch Rückenbadeln ohne Weinsalz vorwärts. Jeder Schwimmer muß ebenfalls in Brustlage, ohne Arme und Beine zu bewegen schwimmen können.

In Teichen mit Schlingpflanzen, die sehr oft an der Wasseroberfläche durch sichtbar sind, wird man sich am vorteilhaftesten durch Paddeln retten. Es werden dabei keine Schwimmfische ausgeführt, und ein Verschlingen der Füße, die dabei ganz an der Wasseroberfläche liegen, kann nicht so leicht eintreten, und doch kommt man schnell vorwärts.

Am meisten stellt sich der Fingerring ein. Man verhält diesen, indem man jedesmal beim Vorstoßen der Arme die Fäuste ballt und beim Armdurchgang wieder öffnet. Hat man diese einfache Sache außer Acht gelassen und es tritt der Krampf in den Fingern ein, dann schiebt man die Finger beider Hände ineinander (Handteller nach unten) und drückt dann kräftig nach unten.

Der Wadenkrampf oder Oberschenkelkrampf ist meist von kurzer Dauer, kann aber oft einen unheilvollen Schwimmer vollständig hilflos machen. Man heilt in Brustlage, holt tief Atem, fasst mit der Hand nach hinten an das betreffende Bein, und zwar nach den Knöcheln, winkelt mit aller Kraft den Unterschenkel ein und schiebt die Fußspitze bis zur Mitte des Rückens, und in dieser Lage versucht man den ganzen Körper zu strecken, ohne das Bein loszulassen. Es ist schmerzhaft, aber der Krampf wird sofort nachlassen.

Bei eintretendem Magenkrampf (der eintritt durch zu viel Essen kurz vor dem Schwimmen) versucht man in Rückenlage die Beine anzuhaken (Einen im Wasser) und schiebt die Oberkörper an den Leib. Genügt das nicht, so umschließt man mit beiden Händen die Arnie und drückt die Oberkörper kräftig gegen den Leib. In dieser Lage muß man sich über Wasser halten, bis der Krampf vorübergeht oder fremde Hilfe zur Stelle ist.

Der gefährlichste und bedenklichste Krampf ist der Kehlkopfkrampf. Der plötzliche Eintritt von Wasser in die Luftröhre führt sofort zur kramphastigen Schließung der Stimmritze, wodurch Luftmangel und Erstickung eintritt. Durch sofortiges kräftiges Räuspfern und Husten versucht man sich des eingeatmeten Wassers wieder zu entledigen. Man richtet sich

wasserrettend hoch heraus und befreit seine Luftröhre, um durch sofort einsetzende kräftige Kopfbewegungen seitwärts auch dieses gefährliche Übel abzuwehren.

Turnen und Sport

Turnen

25-jähriges Stiftungsfest der Freien Turnerschaft Wörsch. Am 8., 9. und 10. August begeht die freie Turnerschaft ihr 25-jähriges Stiftungsfest, zu dem die umliegenden Brudervereine eingeladen sind. Die Vereine, welche ihren Tragebogen noch nicht eingeschickt haben, mögen das nachholen. Parole für den 8. August: Zum Fest der freien Turnen in Wörsch.

Achtung! Olympiade! Den Vereinen des 3. Bezirks zur Kenntnis, daß der Bezirksrat den Turnern des 3. Bezirks, den 24. Juli bestimmt hat. Das Fahrgeleit beträgt bis Freitag, den 24. Juli ab Karlsruhe 600 M. Die Vereine werden ersucht, die Fahrgeleiter der Teilnehmer den jeweiligen Gruppenvertretern bis längstens Freitag, den 19. Juli abzuliefern; die Vermittlung zwischen dem Fahrleiter übernehmen die Gruppenvertreter, bezw. die Gruppenwart. Spätere Anmeldungen und Einlieferung von Fahrgeleit können nicht mehr berücksichtigt werden. Termin für Abfahrt und Rückfahrt wird an dieser Stelle in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Naturfreunde

Das Kinderfest der Naturfreunde

das am Sonntag bei der Gartenstadt Kuppur abgehalten wurde, hatte sich, begünstigt vom schönsten Sommerwetter, eines recht lebhaften Besuches zu erfreuen. Schon am Vormittag kamen die Kleinen, begleitet von ihren Angehörigen, in bellen Scharen herbei, um im grünen Wald bei fröhlichem Spiel einige angenehme Stunden zu erleben. Die Naturfreunde wissen, wie man Kinderherzen erfreuen kann, und so hatten sie, wie immer in solchen Fällen, für reichliche Vabuna Sorge getragen. Kaffee, Breisel, Erdbeeren, Milch usw. der Jugend unendelndlich gependelt, verachteten auch die Großen nicht. Zwischenzeitlich gab es allerhand Kurzwel, worin die Naturfreunde so erfindend sind. Wer es noch nicht wußte, hatte Gelegenheit, bei den verschiedensten Wettrennen und sonstigen Spielen sich davon zu überzeugen, welche leistungsfähige Reine nicht bloß die jüngeren, sondern auch die „alten“ Naturfreunde aufzuweisen haben. Jedenfalls zeigte das vorergriffene Kinderfest wiederum, das sie das herkömmliche Gepräge der Bier-Waldbeste verschmähend und so eine neue und bessere Art von Arbeitergefestlichkeit, allen Widerständen zum Trotz, vorzubereiten suchen, ein Streben, das leider nicht überall die Beachtung findet, die es verdient.

Die Naturfreunde des Mittelbadischen, Unterbadischen und Pfälzischen Kreises hatten sich den Sonntag, den 6. September für die Sternwanderung nach dem Kraichgau offen.

Wandern

Stromschwimmen des Wasserportvereins Karlsruhe e. V.

Am letzten Sonntag hatte der Wasserport-Verein Karlsruhe e. V. seine Mitglieder nach Maxau bestellt, um mit ihnen ein Stromschwimmen zu veranstalten. In städtischer Zahl ainas zu Fuß rheinaufwärts, 9 Boote der Kanusportvereine schlossen sich an. Vor Rappenswörth wurde auf das prächtige Ufer übergesetzt, teils schwimmend, teils per Boot. In Höhe des Fährhauses Reutergewier wurde nach kurzer Rast gestartet; willig trug Reutergewier sein Schwimmervolk talabwärts. Bei Rappenswörth verließ uns ein aufwärts fahrender Dampfer annehmliche Abwechslung; auf und ab gings, Boote und Schwimmer, in den meterhohen Wellen. Nur zu bald war das Ziel oberhalb der Rheinbrücke in Maxau erreicht, wo ein hübscher Empfang seitens der später nach Maxau gekommenen Mitglieder stattfand. Trotz der empfindlich kalten Wassertemperatur blieben die Schwimmer bis zum Ende der Unterfahrt im Lokal der Kanustation im „Anker“ in Maxau, fand der Tag seinen Abschluß.

Jugendbewegung

Veranstaltungen der Arbeiterjugend

Groß-Karlsruhe: Jeden Montag, abends halb 8 Uhr, Spiel und Sport auf dem Platz der Fr. Turnerschaft (Leiter: Eugen Stein). — Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Einführungen in die Musiklehre (Kursusleiter: Gen. Gebr. Kuntz) im Jugendheim. — Die Unterfasserer werden hiermit aufgefordert, Restbeiträge endlich einzubringen, ihre Karteirolle in Ordnung zu bringen und die über 18-jährigen von den übrigen Mitgliedern zu scheiden.

Gruppe Ost: Donnerstag, 16. Juli, halb 8 Uhr, Diskussionsabend in der Dehlschule. Samstag auf Sonntag, 18. und 19. Juli: Wanderung nach der Kreuzwegbüttel, nächstes am Donnerstag.

Gruppe West: Heute, 14. Juli, halb 8 Uhr, Gruppenfunktionärung bei Willi Kern. Donnerstag, Abendspaarung, Treffpunkt halb 8 Uhr am Gutenbergsplatz. Sonntag, Rheinwanderung, Treffpunkt halb 6 Uhr am Rühlens Kraus.

Gruppe Süd: Donnerstag, Probe am Elternabend, halb 8 Uhr im Jugendheim. Sonntag, Wanderung ins Pfälzthal, Treffpunkt 6 Uhr am Tiwoli.

Gruppe Daxlanden: Sonntag, Baden am Rhein, Montas, Eingabend; Bühler mitbringen.

Gruppe Kuppur: Heute Musikabend für Anfänger. Donnerstag, Vortrag. Freitag, Musikabend für Fortgeschrittene. Montag, Reigenabend.

Durlach-Aue: Mittwoch, 13. Juli, punkt 1/2 8 Uhr, Mitarbeiterverammlung. Sonntag, 19. Juli, Näheres Mittwoch.

Ettlingen: Mittwoch, 15. Juli, 8 Uhr abends, Musikstunde. Freitag, 17. Juli, 8 Uhr abends, Lesabend. Montag, 20. Juli, 7 Uhr abends, Reigenabend.

Kastell: Mittwoch, 15. Juli, 8 Uhr, Näbelsabend im Jugendheim. Donnerstag, 16. Juli, halb 8 Uhr, Reigenabend im Heim. Samstag, 18. Juli, 8 Uhr, Werberfeier in Baden-Baden. Näheres wird am Donnerstag bekanntgegeben.

Schöne Mädchen waschen ihre Haare nur mit „Kellpon“ weil sie wissen, daß es die Haare wunderbar verschönert und zugleich den Haarboden stärkt, wie kein anderes Mittel. Auch ältere Damen pflegen die Haare gerne mit „Kellpon“, denn dieses wirksamste aller Haarwuchsmittel erhält die Haare hell und federweich bis ins hohe Alter. Ein Versuch zeigt auch Ihnen die Vorteile.

D. S. (1 Packchen „Kellpon“ um 30 J. enthält 2 Einzelpackungen.)

Massenmörder Angerstein achtmal zum Tode verurteilt

Simbura, 13. Juli. Um 7 Uhr abends verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Roth im Angerstein-Prozess folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Mordens in acht Fällen achtmal zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden dem Angeklagten auf Lebenszeit aberkannt. Die Mordwerkzeuge, Hirschfänger und Beil, werden eingezogen. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last, soweit er verurteilt worden ist.

Der Angeklagte nahm das Urteil vollkommen gefaßt entgegen. Er erklärte, daß er das Urteil annehme. Seine Taten könnten nur durch sein Blut gesühnt werden.

Die Urteilsbegründung

Simbura, 13. Juli. Zur Urteilsbegründung war der Anwalt besonders stark. Schon lange vor Beginn war der Zuschauerraum vollkommen überfüllt und die Subdörerbänke waren dicht besetzt. Kurz vor der Begründung des Urteils wurde der Angeklagte in den Saal geführt. Die Bewachung war verstärkt und es nahmen fünf Polizisten neben und hinter dem Angeklagten Platz. Der Vorsitzende entrollte dann noch einmal das Bild der Tat, wie es die Hauptverhandlung ergeben hat. Daß es sich um vorsätzlichen Mord handle, darüber besteht kein Zweifel. Der Angeklagte habe behauptet, daß er sich nach dieser Tat im Büro mit einer Pistole erschießen wollte. Diese Behauptung habe das Gericht nach den Zeugnisaussagen als unmöglich angesehen. Schon bei der Ermordung der Schwiegermutter handelte es sich um eine Schutzmahnung

gegen die spätere Entdeckung. Es folgte dann die Tötung des Dienstmädchens, bei der die Ueberlegung schon ans Handwerksmäßige grenzte. Die Ermordung des Geis und des Ditthardt waren Mordmotive, wie sie hinterlistiger und niederträchtiger nicht gemacht werden können. Die Verlesungen, die der Angeklagte sich beigebracht habe, hätten keineswegs die Absicht des Selbstmordes verfolgt. Ueberlegung und Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten könnten in keiner Weise in Zweifel gezogen werden.

Der Vorsitzende stellte dann fest, daß der Angeklagte um 7 Uhr 15 Minuten das Urteil angenommen habe. Die Staatsanwaltschaft erklärte sich damit einverstanden. Die Verhandlung wurde darauf geschlossen und der Angeklagte abgeführt. (Schluß des Verhandlungsbericht morgen Mittwoch.)

Letzte Nachrichten

Rußlands Werben um Englands Gunst

London, 13. Juli. Rasowski traf am Samstag aus Moskau hier ein und hatte am Montag eine lange Unterredung mit Chamberlain. Er gab Kenntnis von Aufträgen seiner Regierung, die für 15 Millionen Pfund Sterling Maschinen in England bestellen will. Einem Vertreter der "Times" erklärte er, Rußland sei eifrig bemüht, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Rußland, die unter der Regierung Macdonalds bestanden, wieder herzustellen.

Die Reichsamnestie vertagt

Berlin, 13. Juli. Die Entscheidung über die Frage, ob und in welchem Umfang eine Reichsamnestie erfolgt, dürfte im Laufe dieser Woche fallen. In der Kabinettsberatung vom Samstag konnte noch keine Einigung erzielt werden. Von der Gestaltung der Reichsamnestie hängt das Vorgehen der Länder ab. Da die Amnestievorlage noch den Reichstag und Reichsrat passieren muß, kann vorerst mit dem Erlass der Amnestie nicht mehr gerechnet werden.

Bereitschaften

Die Bereitschaften haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahmen, aber werden zum Reklamationspreis berechnet.

Karlsruhe

Gesangsverein Gleichheit. Unsere Sänger treffen sich am Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr, bei Kappler im "Waldfisch" am Ende Ebruna. 4166 Der Sängervorstand.

Gaggenau. (A. B. G. Verein Freiheit.) Morgen, Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr, findet in der Aula unsere Halbjahresgeneralversammlung statt. Um die wichtige Tagesordnung, sowie das reichhaltige Bankettsprogramm zu erleichtern, können wir alle aktiven und passiven Mitglieder um pünktliches, vollständiges Erscheinen. Bringen Sie mit und guten Humor mitbringen zur fröhlichen, frohlichen Arbeit. 706

Fachschule Karlsruhe i. N. Die Fachschule für Elektro-Instalateure und Monteure in Karlsruhe eröffnet am 1. Oktober d. J. einen neuen Kursus. Wir verweisen auf die gleichzeitige Anzeige dieses Instituts.

HEUTE RESTE KNOPF

Reste u. Abschnitte

Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag

B'wollmousseline, Seidenstoffe
Wollmousseline, Kleiderstoffe
Weisswaren, Baumwollwaren
Gardinen- und Linoleumreste

zu außergewöhnlich billigen Preisen

Verkauf im Lichthof

Pfannkuch

Eingetroffen
1 weiterer
Waggon

**Spanische
Citronen**

3 20
Stück 20 Pf.

Schöne
reife

Bananen

18 bis 25
Pfg.

Pfannkuch

Wiener Operette im Städt. Konzerthaus.

Heute Dienstag, den 14. Juli, abends 7 1/2 Uhr,
die glänzende Kostümoperette

Das Weib im Purpur

von Jacobson und Oesterreicher. Musik von Jean Gilbert.
Billetpreise v. Mk. 1.50 b. 5.30 Vorverkauf siehe Anschlagssäulen.
Morgen Mittwoch, 15. Juli, der Schlager der Saison
Gräfin Mariza. 4160

Eine schöne Bekleidung!

Da man aus im Schwere, seine Ange-
sichts den Boden gebelst - schon hat er Wasser-
locken! Das ist zum - Nein! So dankt Der
Rabe aber spricht! Da muß ich als vernünftiger
Mensch fürchtbar lachen! Weilt du nicht,
das alle mit Wasser hergeschlehten Beinen ich auch
wieder in Wasser auflöse! Nur die aus reinen
Olen und Wachsen hergestellte LOBA-Beize,
die Wasserreste, mit dem Raben bewahrt
sich vor Verdunstung, denn sie ist nicht nur an-
sehlich, sondern tatsächlich nach wick-
bar. Sie färbt nicht ab, ist
sicher begehbar, verteil-
sch sich spielend leicht, glänzt
im Ne u. li. wasserrecht.



**Loba
Beize**

Vereinigte Wachwarenfabriken A.-G.
Ditzingen bei Stuttgart

Achtung!

Karlsruhe - Durlach
In der Delmühle bei
der Appenmühle kann
fortwährend

Del geschlagen
werden durch elektrischen
Betrieb u. sofortige reelle
Behebung. 707

Joseph Pfisterer
Delmüller.

Schneider
ge sucht.
Kleinmeister für
Konfektion (Heimarbeit
oder Werkstatt) per sofort
ge sucht. 4164

Mees & Löwe
Kaiserstraße 46.

Sonntag, den 19. Juli 1925

Sonder-Schnellzug nach Stuttgart

zum Besuch der Ausstellungen

Das Schwäbische Land

Süddeutschlands größte Kultur- u. Heimat-Ausstellung.
Landschaft - Trachten und Volkstum -
Theater und Musik - Werdegänge aus der
Industrie und viele andere Abteilungen.

Zwei Kunstausstellungen
Schwäbische Kunst des 19. Jahrhunderts -
Große Schwäbische Kunstschau "Schwäbische
Kunst der letzten 25 Jahre".

Abends Sonder-Beranstellungen.

Sinfahrt: **Rückfahrt:**
Karlsruhe ab 6.57 Uhr Stuttgart ab 10⁰⁰ Uhr
Stuttgart an 9.16 " Karlsruhe an 12¹⁶ "

Fahrpreise einschl. Eintritt für alle Ausstellungen
ab Karlsruhe Mk. 5.50 700

Alles Nähere sowie Fahrkartenverkauf:
In Karlsruhe Reisebüro Kaiserstraße 158.

Ämtliche Bekanntmachungen

Im Konturverfahren über das Vermögen der
Firma Sport-Beier, Inhaber Wilhelm Beier in
Karlsruhe, Kaiserstraße, wurde Termin zur Prüfung
nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf:
Dienstag, den 28. Juli 1925, vormittags 9 Uhr,
Zimmer 141, vor Bad. Amtsgericht Karlsruhe.
Karlsruhe, den 10. Juli 1925. 1349
Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts A. 1.

**leeres Zimmer
mit Küche**

Angeb. unt. Nr. 4166 an
das Volksfreundbüro erb.

**Deutsch-Amerikaner
(Behrer) erteilt gründl.
engl. Unterricht**
für Anfänger und Fort-
geschritt. in Referenzen.
Angeb. n. Nr. 4158 an
das Volksfreundbüro erb.

Pferde-Versteigerung.

Am Samstag, den 18. Juli 1925, vormittags
10 Uhr, werden im Hofe der ehem. Grenadiertalerner
(Wolfsstraße 12) 7 überzählige Pferde versteigert.
Aufschlag bleibt vorbehalten. Bedingungen werden
vorher bekanntgegeben. 1348

Polizeibereitschaft Karlsruhe.

**Piano
modern,
krounsaitig, fast
neu, sehr preiswert
Zahlungsleichterung**

Lang

Kaiserstraße 167
Salamander 100
Schuhhaus.

**Fachschule f. Elektro-Instalateure
und Monteure in Karlsruhe (Bd.)**

Semesterbeginn 1. Oktober 1925
Kursdauer 5 Monate 1323
Schluß der Anmeldungen 15. Septemb. 1925
Prospekt durch die Direktion

**Willy zu verkaufen:
Emaillierherd**

Gastofen mit Gefell.
100 Liter Fass u. kleiner
Eisbehälter. 4159
Welfendstraße 49, II.

**Metallwarenfabrik sucht
tüchtigen
Werkzeugmacher**

(Schmittmacher)

für Schmitt-, Stanz- und Drehwerkzeuge.
Angebote mit Lichtbild und Zeugnis-
abschriften unter F. O. K. 531 an
Rudolf Hoffe, Frankfurt a. M.

**Beachten
Sie**

**Montags
Freitags**

Inserate
Schorpp
Wäscherol und
Wäschefabrik.

Diwans!

In 30 Minuten
Ihr Paßbild
entw. im Photogr. Atelier
Kaiserstr. 50, Eing. Adlerstr.

Gut erhaltenen
Kinder-Liegewagen
billig abzugeben. 4167
Mellermann
Kaiserstr. 56, Seitenab. I

Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!

Zurgemeinde Durlach.

Todes-Anzeige.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht,
unseren Mitglieder von dem Ableben unseres
langjährigen Mitglieds

Gustav Eberschwein

in Kenntnis zu setzen.

Die Beerdigung findet heute nachmittags
4 Uhr statt. Am zahlreicher Beteiligung
bittet der Vorstand. - Freispielt 1/4 Uhr
im Lokal. 710

Ettlinger Anzeigen.

Die Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in
Ettlingen sucht um die Genehmigung zur Einleitung
gekürter Woll-Substanzen nach dem System "Danz"
in den Turbinen-Unterwasserkanal und von da nach
der Alb nach.

Etwas Eingebundenen sind binnen einer Frist
von zwei Wochen vom Tage der Veröffentlichung
dieser Bekanntmachung an gerechnet beim Besitz-
amt oder beim Bürgermeisterei hier anzubringen,
widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Ein-
berufenen Eingebundenen als ausgeschlossen gelten.
Wir weisen darauf hin, daß die vor Inkrafttreten
des Gesetzes vom 8. April 1918 traltt bevorzogen
privatrechtlicher Titel an den öffentlichen oder nation-
lichen nicht öffentlichen Wasserläufen begründeten
Rechte nunmehr als dem öffentlichen Rechte ange-
hörigen Nutzungsrechte zu betrachten sind (§ 13
Satz 2 des Gesetzes) und daß daher auch auf solche
Rechte sich stützende Eingebundenen, falls sie inner-
halb der festgesetzten Frist nicht vorgebracht werden,
ebenfalls als ausgeschlossen gelten.

Verordnungen, Zeichnungen und Pläne liegen
auf dem Rathaus, Rathgreberstr. zur Einsicht aus.
Ettlingen, den 13. Juli 1925. 1341
Der Bürgermeister.